KURT NEUMANN

WELT-WIRTSCHAFT AM SCHEIDEWEGE

Kurt Neumann

Weltwirtschaft am Scheidewege

Die wirtschaftlichen Kräfte und Strömungen der Nachkriegszeit



PHÖNIX-VERLAG CHRISTEN & CO.
HAMBURG

Druck: Hanseatische Druckanstalt GmbH, Hamburg-Wandsbek, Bramfelderstraße 80-88

Nach Beendigung des vorigen Weltkrieges herrschte die Auffassung vor, die Welt werde nach einer kurzen Übergangsperiode wieder zu den Formen des internationalen Warenverkehrs zurückkehren, die vor 1914 vorherrschten. In Wahrheit hat sich dann das bekannte System der Handelsschranken entwickelt, das den früheren Rahmen der Weltwirtschaft auf ein viel geringeres Maß reduzierte, schließlich stark zu den Formen des wirtschaftlichen Kompensationsverkehrs unter weitgehendst staatspolitischen Einflüssen führte und zuletzt in Faschismus und in den zweiten Weltkrieg einmündete.

Die Bemühungen, die mit Abschluß des zweiten Weltkrieges eingesetzt haben, um wieder einen neuen internationalen Warenaustausch auf freierer Basis durchzuführen, dürfen in der Beurteilung ihrer Erfolgschancen nicht von vornherein mit den illusionären Bemühungen und Hoffnungen des Jahres 1919 gleichgesetzt werden. Während man damals an die Erfahrungen der kurz zurückliegenden Periode des wirtschaftlichen Liberalismus anknüpfte und daher mit unzulänglichen Mitteln einer völlig veränderten weltwirtschaftlichen Struktur begegnete, knüpfen die Bemühungen unserer Tage eher an die Erfahrungen der vorigen Nachkriegszeit, als an die Welt von vor 1914 an. Heute geht man von vornherein von der erwiesenen Relativität des Welthandels aus. Daher handelt es sich diesmal um den sehr bewußten Versuch, allmählich und auf kollektiv organisierter Basis zu einem Warenverkehr zurückzukehren.

Dieser Versuch baut auf den Erfahrungen der innerstaatlichen und internationalen Valuta- und Finanzerfahrungen der 20er Jahre und ihrer Verkoppelung mit Warenaustausch und Lebensstandard der Bevölkerung auf.

Die gegenwärtigen Bemühungen, einen neuen geordneten Welthandel und damit eine neue Weltökonomie zustande zu bekommen, die auf Gegenseitigkeit aufgebaut ist, sind daher auch von sozialistischer Seite aufs neue zu untersuchen. Man tut gut daran, von vornherein keine schematische Gleichsetzung mit der vorigen Nachkriegszeit vorzunehmen und diese Bemühungen in das pessimistische Schema früherer Erfahrungen zu verweisen.

Ein weiterer wesentlicher Grund, die gegenwärtigen Anstrengungen sehr ernst zu nehmen, sind die Veränderungen, die indessen in der inneren Ökonomie der tragenden Gruppen einer neuen Weltwirtschaft vor sich gegangen sind. Sie sind teils geeignet, eine Hinwendung zu neuen Formen der Weltwirtschaft besser zu ermöglichen, teils aber auch zugleich neue Tendenzen als erschwerende und krisenhafte Elemente zu begünstigen.

Daher ist es notwendig, zunächst die innere Struktur und Kraft der drei Gruppen, die für den internationalen Waren- und Kapitalverkehr von Bedeutung sind, zu skizzieren. Erst dann können gewisse Schlußfolgerungen für die weiteren ökonomischen Perspektiven gezogen werden. Diese drei Gruppen sind: die Vereinigten Staaten, Großbritannien und der verbliebene westliche Teil des alten Europa.

I.

Die ökonomische Situation der USA:

a) Landwirtschaft

Die amerikanische Landwirtschaft hat ihre Produktion während des Krieges um rund ein Drittel erhöht, und dies, obwohl ein Teil ihrer qualifizierten Arbeitskraft mobilisiert gewesen ist und die Maschinenabnutzung ohne sofortigen genügenden Ersatz ziemlich umfangreich war. Diese Leistung war die Folge eines neuen Mechanisierungsprozesses, der schon vor 1939 wieder eingesetzt hatte, und durch den die Landwirtschaft der USA heute außerordentlich weit gekommen ist. Das Tempo hat sich während des Krieges, wenn auch durch die speziellen Schwierigkeiten der Kriegsproduktion erschwert, fortsetzen können und wird jetzt noch gesteigert werden. Die Auswirkung der permanenten Landflucht, besonders seit der großen Krise zu Beginn der 30er Jahre, hat zu zahlreichen Experimenten in der Anwendung der Traktoren für die Landwirtschaft beigetragen. Man hat gleichzeitig begonnen, Traktoren zu konstruieren, die nicht nur für die großen landwirtschaftlichen Unternehmen rentabel und erschwinglich sind, sondern auch für Kleinlandwirte und die sogen. Familienwirtschaften. Der Traktor wird jetzt in derartig zahlreichen Typen für die verschiedensten Anwendungsmöglichkeiten hergestellt, daß er sich nach der Meinung der Fachleute bereits zu einer Art Universalgerät der amerikanischen Landwirtschaft entwickelt hat. Eine der wesentlichsten Neuigkeiten auf diesem Gebiete ist ein vierradgetriebener Traktor der imstande ist, 25% mehr an Arbeit zu leisten, als der bisher benutzte zweirädrige Traktor mit gleichem Motor.

Die Kriegserfahrungen mit den schweren Bandtraktoren werden auf die verschiedenste Weise ausgenutzt, so durch effektivere Dieselmotoren von neuem Typ, die eine große Rolle spielen.

Eine der wesentlichsten Erfindungen von umwälzender Bedeutung ist der mechanische Baumwollpflücker, der für Amerika besonders die Revolution des Südens bedeutet. Noch zu Beginn des

gegenwärtigen Krieges wurde die Baumwolle von vorwiegend Negerarbeitern mit der Hand gepflückt, und zwar 7,5 kg pro Arbeitskraft und Stunde. Jetzt wird in den großen Baumwollfarmen der ganze Produktionsprozeß völlig umgewälzt, und es wird damit gerechnet, daß im Laufe eines Jahrzehnts die Umwälzung vollzogen sein wird. Sie wird nach allem Dafürhalten große bevölkerungspolitische Folgen für den Norden hervorrufen. In den großen Baumwollfarmen werden traktorgetriebene Maschinen für die Pflanzung benutzt, neue maschinelle Methoden zur Vernichtung des Unkrautes, und neue gefundene Hilfsmittel, um den Baumwollbusch eine Woche zeitiger als bisher zur vollen Reife zu bringen. Das Pflücken erfolgt dann durch den neuen Baumwollpflücker, der statt der 7,5 kg bei Handarbeit nunmehr rund 500 kg pro Stunde leistet, ganz abgesehen, daß er ebenso effektiv während der Nacht eingesetzt werden kann.

Die Zahl der auf den Baumwollplantagen Beschäftigten betrug in der Saison bisher etwa 14 Millionen Menschen. Es wird errechnet, daß im Laufe der Jahre ca. 73% von ihnen nach durchgeführter Umstellung diese Arbeit verlieren werden. Daraus dürfte im Laufe des nächsten Jahrzehnts, genauer gesagt sogar schon während der nächsten Jahre, eine verstärkte Negereinwanderung nach dem Norden der Staaten resultieren, obwohl die eigene Industrialisierung des Südens einen Teil von ihnen absorbieren dürfte.

Gleichzeitig wirkt der neue mechanische Baumwollpflücker in der Richtung der Kostenminderung und der Preisherabsetzung, sowie einer Vergrößerung und Effektivisierung der teilweise schon sehr großen Baumwollfarmen. Der latente Krisenzustand auf dem Baumwollmarkt, der ein altes Sorgenkind der Regierung ist, wird dadurch noch verschärft werden. Die Umstellung geht im Schutze der großen Stützungsaktion vor sich, die die Regierung für die landwirtschaftlichen Produkte eingeführt hat, und wird durch die politisch starke Gruppe, die im Kongreß ständig für alle landwirtschaftliche Belange tätig ist, gestützt.

Die landwirtschaftliche Stützungsaktion besteht darin, ein Preisniveau zu halten, das alle jene landwirtschaftlichen Produkte betrifft, für die während der Kriegszeit eine Produktionserhöhung gefordert wurde. Und das sind fast alle Produkte. Der gegenwärtige Preis wird an dem Durchschnittspreis von 1910–1914 gemessen. Die Preislage dieser Zeit wird als die ‚Parität' betrachtet, nach der die jetzige Preisstützungsaktion ausgerichtet wird. Der heutige Preis soll in keinem Falle niedriger sein, als 90% dieser Parität. Die für die Baumwolle eingesetzte Parität ist 92,5%, was nach der heutigen Währung dem Durchschnittspreis der Zeit vor dem vori-

gen Weltkriege entsprechen soll, also ein Preis, der dem Produzenten einen entsprechenden Gewinn jeweils unter allen Umständen garantiert. Zugleich beabsichtigt die Regierung, diese ‚Paritätsgrundlage' für die Dauer von 2 Jahren unter allen Umständen zu erhalten, und zwar gerechnet ab Januar nach dem Jahre, da der Krieg als offiziell beendet erklärt wird. Nach dieser etwas vagen Formulierung zu rechnen kann es auf alle Fälle als sicher angesehen werden, daß die Stützungsaktion bis einschl. 1948 in Kraft sein wird. Die angestellten Berechnungen haben ergeben, daß die Stützungsaktion etwa 2 Mrd. Dollar pro Jahr, mindest also 6 Mrd. Dollar insgesamt kosten werden, immer den jetzigen Preis- und Absatzstand vorausgesetzt. Bei Abnahme der Beschäftigung, geringerem Binnenverbrauch und erschwertem Export würden die eingesetzten Hilfsmittel also noch höher werden, als zur Zeit errechnet.

Dabei darf in dem speziellen Falle der Baumwolle nicht übersehen werden, daß hier die Stützungsaktion in Form von Ankäufen durch die Regierung schon alten Datums ist. Der Staat hatte noch bei Abschluß des Krieges 6 Millionen Ballen übernommener Baumwolle liegen, die zum Teil noch vor dem Kriege produziert worden waren. Genau genommen ist diese Preisstützungsaktion nun schon rund und nett 15 Jahre alt, und der Staat sieht einfach keine Möglichkeit, aus diesem Zirkel wieder herauszukommen. Einerseits wünscht er dringend, daß die Farmer einen großen Teil ihrer Anlagen stillegen und zu anderen Anpflanzungen übergehen. Andererseits bereitet aber seine Stützungsaktion den Farmern zugleich ständig einen neuen Anreiz, eben diesen Abbau mit der Regierungsgarantie in der Tasche zu vermeiden. Wird diese Garantie aber gestoppt, so entsteht daraus auf Grund des Umfanges dieser Produktion ein Krisenelement erster Ordnung und zugleich ein Herd innerpolitischer Unruhe, den man um jeden Preis vermeiden will.

Für die Gesamtlandwirtschaft war der zweite Weltkrieg von der Einnahmeseite her eine herrliche Zeit. In den schlimmsten Krisenjahren von 1932 und 1933 betrug das Nettoeinkommen der Farmer nicht mehr als 3 Mrd. Dollar. Im Kriegsjahre 1944 betrug es 12 Mrd. Dollar, die Bareinnahmen sowie die flüssigen Reserven wurden Anfang 1945 vom Landwirtschaftsminister auf 16 Mrd. geschätzt.

Die technischen Veränderungen und die erhöhte Produktion der Kriegszeit haben in der amerikanischen Landwirtschaft 4 wichtige Erscheinungen hervorgerufen: a) Das bebaute landwirtschaftliche Areal hat zugenommen. b) Die Anzahl der selbständigen Farmer hat sich verringert. c) Es ist eine bemerkenswerte Umstellung im Anbau der Produkte vorgenommen worden. d) Die Bodenabnutzung

war so stark, daß der Grad der Verbesserungsbedürftigkeit außerordentlich gestiegen ist.

Besonders bemerkenswert sind die beiden letzteren Punkte, während die ersten zwei in ihrer Auswirkung erst nach einiger Zeit statistisch erfaßbar sein werden. In der Frage der Produktenumstellung hat der Kriegsbedarf einen wirklich großen Übergang früherer Weizen-, Mais- oder auch Baumwollproduzenten zu Garten- und Meiereiprodukten bewirkt. Für diese Umstellung hatte der Staat vielfach Anleihen vergeben. Von noch größerer Bedeutung ist aber die Anpflanzung der Sojabohne, da sie zugleich mit dem Aufkommen einer ganz neuen Industrie verknüpft ist. Die Sojabohne wurde früher in USA so gut wie gar nicht gezüchtet. Während des Krieges erfolgte der Anbau in einem ganz großen Maßstabe, und bei Kriegsschluß war diese Produktion bereits in der Lage, 13 % der Öle und Fette des ganzen Landes zu stellen. Ihre Verwendung zur Verfütterung hat während des Krieges erheblich zur Produktionssteigerung von Fleisch, Eiern und Milch beigetragen. Noch wesentlicher ist aber die industrielle Auswirkung der Sojaanpflanzung. Auf ihr ist die sogenannte Plastic-Industrie erwachsen, die jetzt ihren Siegeszug angetreten hat und zugleich zu einem immer stärkeren Exportartikel wird. Dabei sind die Möglichkeiten ihrer Verarbeitung noch bei weitem nicht voll ausgereift.

In der Frage der Bodenabnutzung, die zugleich mit den geplanten großen Verbesserungsmaßnahmen in bezug auf Wegebau, Elektrizitätsversorgung und Telephonnetz der Landwirtschaft zusammenhängt — also mit kommenden großen Investitionen —, ist eine von der Regierung sehr geförderte sogen. 'soilconservation' für Verbesserung und Erhaltung des Bodens in Gang gesetzt worden. Die Abnutzung ist in vielen Teilen der Staaten außerordentlich stark, und der 'Soil Conservation Service' will bei einer Bodenuntersuchung festgesteltl haben, daß 90 % des Farmerbodens in Höhe von über 1 Mrd. acre der Verbesserung bedürfe. Ein Teil davon soll in Gras- oder Waldboden umgewandelt werden, da er für andere Produktion nicht mehr hinreichend effektiv sei. Die Propaganda in dieser Richtung hängt auch damit zusammen, daß der Krieg die Holzbestände sehr gelichtet hat, so daß es notwendig wird, eine Auffüllung durch eine Bebauungsumstellung vorzunehmen.

b) Industrie

Zwischen 1940 und 1944 ist eine Erweiterung der industriellen Kapazität eingetreten, die nach dem zusammenfassenden Bericht des Büros für Kriegsproduktion die größte industrielle Expansion

der amerikanischen Geschichte darstellt. Das Bezeichnende hierbei ist, daß das riesige Produktionsvolumen, das für die Kriegsversorgung berechnet war, erreicht wurde, obwohl die totale Produktion für den Zivilbedarf gleichzeitig das Vorkriegsniveau beinahe aufrecht erhielt. In dieser Zeit wurde die industrielle Kapazität allein durch eine Investition von über 25 Mrd. Dollar mit 40 % erhöht, während gleichzeitig die Produktion industrieller Rohwaren mit mehr als 60 % erhöht worden ist. In einzelnen wichtigen Industriezweigen zeigt sich folgende Größenveränderung, gegen Ende des Krieges errechnet. Die Stahlproduktion erreichte mit 80%iger Steigerung rund 100 Mill. To. Außer dem eigenen Verbrauch wird nun die Exportkraft bzw. das Exportbedürfnis der amerikanischen Stahlindustrie für die ersten Friedensjahre auf etwa 30 Mill. To. Stahl geschätzt. Der bisher größte Abnehmer für diesen Export ist seit langem Kanada. Während des Krieges ist noch in erheblichem Maße Brasilien zugekommen, das von der amerikanischen Stahlindustrie besonders gepflegt und von ihr als ein Zukunftsmarkt großen Ausmaßes betrachtet wird. Ein Beweis mehr dafür ist die während der Kriegszeit erfolgte amerikanische Investition von 50 Mill. Dollar für ein großes Stahlwerk in Brasilien. Diese Expansion nach Südamerika wird jetzt zielbewußt fortgesetzt. Übrigens sind gleich nach Kriegsschluß Stimmen in der amerikanischen Stahlindustrie laut geworden, die eine neue Exportmarktorientierung befürworten, und zwar auf der Basis langfristiger Kredite, u. a. auch nach Europa. — Die Werkzeugmaschinenproduktion wurde etwa verzehnfacht. Die Aluminiumherstellung wurde ebenfalls verzehnfacht und nähert sich nun etwa 1 Mill. To., wovon während des Krieges allein für die Flugzeugproduktion 80 % abgingen, während deren Friedensbedarf nur auf 5 bis 10 % vom Bedarf des letzten Kriegsjahres geschätzt wird. Die Produktion von synthetischem Gummi erreichte rund 800 000 To. und wird für 1946 bereits auf 1 Mill. To. geschätzt. Das ist insofern von großer Bedeutung, als das einerseits dem gesamten Weltverbrauch an Gummi von vor dem Kriege entspricht, andererseits in der Produktion hier aber noch die bedeutenden Quantitäten von Naturgummi zu berücksichtigen sind. Einschließlich der von den Japanern besetzt gewesenen Gummigebiete beträgt die Gesamtkapazität in Naturgummi rund 1,5 Mill. To., von dem ein großer Teil bald neben dem synthetischen Gummi auf dem Markte erscheinen wird. Die Produktion von gewissen Chemikalien ist jetzt einige 100 % höher als vor dem Kriege.

Die Erweiterung der industriellen Gesamtkapazität drückt sich im vergrößerten Anteil dieses Sektors am Nationaleinkommen aus.

1929 repräsentierte die Industrie 29 % des gesamten Nationaleinkommens. 1944 repräsentierte sie bereits 38 %, wobei die Steigerung in einzelnen Zweigen der Industrie bedeutend größer ist als in anderen. Das Wachstum der Industrie drückt sich zugleich in einer erhöhten Gesamtzahl an Beschäftigten aus. Die Zahl der Arbeitskräfte wurde um 20 % gesteigert.

Die Umstellung der Industrie auf die Friedenswirtschaft hat nicht die befürchtete Arbeitslosigkeit mit sich gebracht. Die Regierungsberichte über die Umstellung sind sehr optimistisch, während industrielle Beobachter das Tempo der Umstellung weniger günstig beurteilen. Wesentlich für die Beurteilung der amerikanischen Verhältnisse ist, daß der Umstellung kein Regierungsplan zugrunde liegt. Sie ist wesentlich Sache der Industrie selbst. Als Auswirkung der Umstellung auf die Friedenswirtschaft berechnete der Leiter der Kriegsproduktion, J. A. Krug, daß der Wert der Zivilproduktion am Ende des Jahres 1945 wahrscheinlich die Vorkriegsziffer mit etwa 12 % übertrifft, während die weiter fortgesetzte Steigerung der Produktion für 1946 eine Erhöhung des Niveaus mit 87 % gegenüber der Vorkriegszeit erwarten lasse. In Geldsummen ausgedrückt dürfte das einer Steigerung von über 950 Millionen Dollar nach der heutigen Preislage entsprechen. Zugleich wird damit gerechnet, daß auch die Zahl der Beschäftigten erhöht werden kann, und zwar schätzt man, daß etwa 1 260 000 Arbeitern neu Arbeit bereitet werden kann. Die ersten Monate des Jahres 1946 haben sich in der Tat sehr günstig angelassen und spiegeln zugleich die großen Veränderungen gut wider. Laut den Berechnungen des Federal Reserve Board war die Industrieproduktion im Februar 153 und im März 169, wenn die durchschnittliche Monatsziffer der Jahre 1935—1939 mit 100 eingesetzt wird.

Bei der Einschätzung der Bedeutung gerade der amerikanischen Industrie darf man nicht in den gewohnten Fehler verfallen, ausschließlich immer nur die ‚Riesen' innerhalb einzelner Industriezweige zu sehen. Die amerikanische Industrie besteht in Wahrheit zu einem großen Teil aus kleineren Unternehmen, wobei hier in richtiger amerikanischer Relation diejenigen Betriebe als kleinere anzusehen sind, die unter 1000 Arbeiter beschäftigen. Allein in der Metallindustrie stellen diese etwa 75 % aller Unternehmen, und sie spielen im amerikanischen Wirtschaftsleben überhaupt eine große Rolle.

Die Größe der industriellen Investitionen während der Kriegszeit läßt die Kosten der Umlegung für einzelne der dabei führenden Industrien als relativ gering erscheinen. Für die dabei maßgebliche Stahlindustrie werden die Kosten der Umlegung auf Friedens-

betrieb auf über 200 Mill. Dollar geschätzt. Diese Summe repräsentiert aber nur ca. 10 % desjenigen Kapitals, das seit 1940 für Neuanlagen ausgegeben wurde. Ein Teil von notwendigen Reparationskosten wird wahrscheinlich auch erhebliche Summen verschlingen. Ihnen zuzurechnen sind gewisse Stillegungen für veraltete Stahlwerke, soweit sich an ihnen gezeigt hat, daß die Produktionskosten in ihnen derart hoch sind, daß sich ein Umbau nicht mehr lohnt. Trotzdem sind die Summen für die Umstellung allein für die Stahlindustrie als Hauptfaktor relativ gering, wenn man gleichzeitig noch berücksichtigt, daß von den seit 1940 in diese Industrie investierten Kapitalien in Höhe von rund 2,4 Mrd. Dollar nur 1,3 Mrd. aus privaten Fonds kamen, während 1,1 Mrd. aus staatlichen Mitteln flossen.

Die eigentlichen Staatsbetriebe der Kriegszeit werden zum großen Teil niedergelegt werden. Dies teilweise auch deshalb, weil die verkehrstechnischen Schutzbedingungen des Krieges den Standortanforderungen der Friedenswirtschaft nicht entsprechen können. Eine Anzahl kleinerer Fabriken ist dagegen von der Regierung zum Verkauf angeboten worden. Die Gesamtzahl der überhaupt in Frage kommenden Kriegsfabriken hat 21 Mrd. Dollar gekostet, wovon 16 Mrd. vom Staate direkt investiert worden waren.

Eine besondere Rolle spielt die Ölproduktion, weil hier auch gleichzeitig mit Abschluß des Krieges die ersten politisch nuancierten Export- und Rohstoffmarktprobleme der amerikanischen Außenpolitik auftauchen, viel früher und viel heftiger, als das in irgend einem anderen Zweige der amerikanischen Industrie zum Ausdruck kommen kann.

Laut den Ziffern des Öl-Büros hat die amerikanische Ölindustrie während des Krieges ihre Produktion so stark erhöht, daß sie nunmehr insgesamt 73 % der Ölproduktion der Welt stellt. Die amerikanischen Raffinerien produzieren heute täglich mehr als eine halbe Million Faß des feinsten Flugbenzins. Die Tankflotte Amerikas, was nur ein anderer Ausdruck für ihre beherrschende Ölstellung ist, umfaßt heute mit 900 Fahrzeugen ca. 65% der Tanktonnage der Welt.

Gleichzeitig sind im letzten Stadium des Krieges Pläne gereift, eine umfassende geologische Untersuchung längs der ganzen amerikanischen Küste vorzunehmen, da der Meeresboden an langen Strecken offenbar reich ölhaltig ist. Besonders erfolgverheißend scheinen Forschungen in der Mexikanischen Bucht zu sein. Um die Ausbeute dieser Funde, vor allem an der Küste von Florida, war vor einiger Zeit ein großer innerpolitischer Konflikt zwischen den dem Präsidenten nahestehenden Interessenten und deren Gegnern aufgesegelt.

Die erhöhte Produktion während des Krieges wird begleitet von Warnungsrufen des Innenministers Ickes, der im Dezember 1945 erklärt hat, daß der Krieg an Amerikas früheren Brennstoff- und Ölvorräten in einem Ausmaße gezehrt habe, daß es notwendig sei, große Reservelager dieser Rohstoffe aufzulegen und eine Inventierung der äußersten Reserven vorzunehmen.

Diese Warnungen sind die Begleitmuik für eine bestimmte Richtung der amerikanischen Ölpolitik, die, wie schon jetzt deutlich zu sehen ist, in den nächsten Jahren eine große Rolle im Rahmen des wirtschaftlich begründeten Sektors der Außenpolitik spielen dürfte. Diese Ölpolitik zeichnet sich heute bereits in drei Formen deutlich ab: a) Erwerb neuer Konzessionen. b) Einsetzen aller Mittel, den Privatcharakter dieser Industrie überall zu verteidigen, was sich besonders im Verhältnis zur Sowjetunion auswirken wird. c) Die Verflechtung der Sicherungsorgane für die Ölinteressen mit den staatlichen Organen des Außenministeriums.

Zu a) Im Libanon hat eine amerikanische Ölgesellschaft mit der Regierung einen Vertrag über Errichtung und Betrieb von zwei Ölraffinerien mit einer Konzessionsdauer von 70 Jahren abgeschlossen. Das amerikanische Außenministerium hat einer amerikanischen Gesellschaft in der zweiten Hälfte 1945 zu bedeutenden Konzessionen und Rechten in Abessinien und Paraguay verholfen. Weitere Möglichkeiten dieser Art sind in China, Kolumbien und Brasilien bereits im Werden.

Zu b) Der Expert der handelspolitischen Abteilung des Außenministeriums hat im September 1945 eine Übersicht über Ölfragen und -Interessen veröffentlicht, in der es u. a. heißt: „Bei Anerkennung des souveränen Rechtes der staatlichen Organe, die Ölindustrie einer Nation oder Teile davon zu übernehmen, muß die Regierung der Vereinigten Staaten unter allen Umständen einen internationalen Handel fordern, der auf privaten Unternehmen beruht, als dem Kern der ökonomischen Außenpolitik der USA.

Zu c) Die Auswirkung dieser unter b) genannten Tendenz kommt vor allem in einem Artikel in „Christian Science Monitor" der gleichen Zeit zum Ausdruck, in dem die amerikanische Ölpolitik in folgenden 4 Punkten zusammengefaßt wurde: 1. Trotz deutlicher ‚Sozialisierungstendenz' in der ganzen Welt werde die amerikanische Ölindustrie nach privatwirtschaftlicher Auffassung arbeiten. 2. Die erste und bezeichnende Probe für die Möglichkeit der USA, mit Sowjetrußland geschäftlich zusammenzuarbeiten, beruhe in weitestem Maße auf der Lösung der Frage von der Ausbeute der osteuropäischen Ölvorkommen. 3. Vom Gesichtspunkt der USA aus sei es sehr wünschenswert, daß neue Ölfunde in Ländern, mit

welchen die USA durch Geschäftsverbindung und Konzession interessiert ist, solche in wesentlicher Ausdehnung von amerikanischen Mitbürgern kontrolliert werden. Und schließlich als entscheidend der 4. Punkt: die USA benötigen eine vollständige und zuverlässige Kenntnis der Ölindustrie der ganzen Welt. Da nur das Außenministerium in der Lage sei, einen solchen Informationsdienst durchzuführen, würden nun sogen. ‚Ölattachees' auf ‚kritischen Posten' berufen werden. — Und in diesem grundsätzlichen Artikel wird noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Politik direkt mit derjenigen der Sowjet-Methoden kollidiere.

Die große Frage des Export-Marktes und notwendigen Exportvolumens für die Gesamtindustrie ist aber immer noch nicht ins Rollen gekommen, sondern die gekennzeichneten Ölprobleme sind nur die größeren Vorläufer eines Gesamtproblems, das heute noch nicht klarliegt. Die Periode der Umstellung verdeckt noch immer in größerem Maße, als man annehmen sollte, den realen Umfang der wirklichen Produktionskapazität und läßt noch immer nicht genügend sichere Schlüsse über die Möglichkeiten des Exportes und seinen nötigen Umfang zu. Das hängt damit zusammen, daß die innere Marktfrage sowohl hinsichtlich der Preisgestaltung, der Lohngestaltung, als auch der Stabilität des augenblicklichen Lebensstandards noch immer nicht völlig klarliegt. Auch über das reale Gewicht der Erhöhung der Produktionskosten tappt man immer noch im Dunkeln. Das betrifft vor allem die Bedeutung der fixen Kosten nach der Umstellung von der Kriegs- auf die Friedensproduktion, deren Gewicht erst nach einiger Zeit zu voller Bedeutung kommt und unter Umständen eine viel schwerere Belastung darstellen kann, als man heute annimmt, sobald die Hemmungslosigkeit der Kriegsproduktion fortgefallen ist und diese Kosten beginnen, auf ein reduziertes Produktionsvolumen zu drücken.

Große Teile der Industrie rechnen aber auf jeden Fall als ziemlich sicher mit einem sehr groß ausgedehnten Markt in Südamerika, wenn auch gleichzeitig eine gewisse Unruhe herrscht, daß die dort forcierte Industrialisierung sich schon im jetzigen Stadium als ein gewisser Bremsklotz in der Exportpolitik der USA auswirken könnte.

Ein weiteres großes Problem, das im Zusammenhang mit den fixen Kosten an Bedeutung gewonnen hat und in der letzten Zeit anscheinend zu einem wirklich größeren Problem geworden ist, liegt in der nun festgestellten Produktivitätsminderung pro Arbeiter in der Großindustrie. Diese Tendenzen waren, wie man jetzt glaubt feststellen zu können, schon vor dem Kriege aufgetreten und hätten dann die phantastische Produktionssteigerung während des Krieges wie ihren ständigen Schatten begleitet.

Ford weist z. B. für seine Werke für die Kriegsjahre eine um 34 % herabgesetzte Produktivität pro Arbeiter nach, und von der Industrie ist der Ruf nach Hebung des ‚intellektuellen Ausbildungsdetails' laut geworden. Die Frage ist, wieweit eine physische Erschlaffungstendenz als langwirkende Folge zu weit getriebener Rationalisierung eingetreten ist, es sich also um eine soziologische Dauererscheinung auf dem Felde physischer Leistungsfähigkeit handelt, oder wieweit ein Zusammenhang zwischen dem Nachhinken der Löhne hinter dem Preisstandard vorliegt, was sich zugleich politisch in einem zunehmenden Mißvergnügen der Arbeitermassen an dem immer gewaltigeren Gewinnvorsprung der Industriellen äußern würde.

Damit kommen wir zu dem anderen Teil der Auswirkung der durch den Krieg so forcierten industriellen Entwicklung der USA, zum Problem Lebenshaltung — Löhne — Streikbewegung, die in ihrem engen Zusammenhang das charakteristische Barometer der Umstellungsperiode auf die Friedenswirtschaft ist.

c) Lebenshaltung — Lohnproblem — Streikbewegung

Nach offiziellen Angaben sind die Lebenshaltungskosten seit 1933 um etwa 33 % gestiegen. Diese Berechnung kann aber ohne weiteres als unzulänglich angesehen werden, wie sich bei näheren Detailvergleichen des individuellen Ausgabebudgets ergibt. Die unentbehrlichen Konsumtionswaren der breiten Bevölkerungsschichten, Lebensmittel und Kleider, umfaßten vor dem Kriege das halbe Ausgabenbudget. Nun sind während des Krieges, genauer von 1941 bis 1944, die Konsumtionsausgaben allein für Lebensmittel z. B. mit 60 % gestiegen, obwohl die Konsumtion gleichzeitig quantitativ unverändert geblieben war! Was mit anderen Worten eine offensichtlich sehr starke Preiserhöhung zum Ausdruck bringt. Noch stärker kommt die Veränderung beim Umsatz von Kleidern zum Ausdruck. Hier betrug die Steigerung in der gleichen Periode 50 %, während die zugängigen Waren gleichzeitig quantitativ geringer wurden. Die weitere krasse Ausdehnung der Frauenarbeit während des Krieges, ein gewisser Mangel an Waren, die außerhalb des Rahmens der lebensnotwendigen Konsumtion liegen, ferner das enorme Überstunden- und Schichtsystem, die generelle Verlängerung der Arbeitswoche, die natürliche Lohnsteigerung in der Kriegsproduktion und die relativ hohe Bezahlung der Überzeit haben alle zusammen gleichzeitig einen großen Stock an Ersparnissen der breiten Massen bewirkt, wodurch das Bild der Preissteigerung in seiner Relation zur Lohnsteigerung herabgemildert wird.

Man hat errechnet, daß die amerikanische Allgemeinheit zwischen 150 und 170 Mrd. Dollar während des Krieges an Ersparnissen zurückgelegt hat. Das kommt jetzt in zwei Erscheinungen zum Ausdruck: in einem sprunghaften Emporschnellen der Umsätze im Detailhandel, der von ca. 69 Mrd. im Jahre 1944 auf etwa 74 Mrd. im Jahre 1945 gestiegen ist. Zum Vergleiche kann das Jahr der besten Konjunktur von 1929 mit dem damaligen Höchstresultat von 48 Mrd. Dollar entgegengehalten werden.

Bezeichnend für die Sparentwicklung sind Untersuchungen, die in der eigentlichen Rüstungsindustrie angestellt wurden, und ergeben haben, daß z. B. Arbeiter in großen Flugzeuganlagen im Durchschnitt 4 Monate Löhne an Ersparnissen zurückgelegt haben.

Dieser große Stock an Ersparnissen begünstigt auch ohne Zweifel die erheblich verstärkte Kampflust der Arbeiter der Großindustrie, die gegenwärtig leichter als je geneigt sind, das pekuniär für sie so riskante Streikmittel anzuwenden.

Kurz nach Kriegesschluß sind eine Fülle von Arbeitskonflikten entstanden, die generell auf eine Lohnerhöhung von 30 % hinauslaufen. Diese Summe entspricht nach Ansicht der Arbeiter dem Absinken im Lohneinkommen nach Kriegsende, der Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus, sowie schließlich dem Finanzstatus der Gesellschaften, die während des Krieges bedeutende Gewinne erzielen konnten, eine hohe Rentabilität aufweisen und versteckte Reserven besitzen. Die Arbeiter haben eine gewisse Stütze bei der Regierung gefunden, deren Umstellungsbüro nach einer von ihm veröffentlichten Statistik festgestellt hat, daß der Überschuß der großen Unternehmen, nach der Steuerzahlung berechnet, noch während des Jahres 1946 bis auf 6,3 Mrd. Dollar steigen dürfte. Deshalb hätten die Unternehmer die Möglichkeit, mit Beginn von 1946 die Grundlöhne um 24 % zu erhöhen.

Eine beachtliche Zahl mittelgroßer Unternehmungen sind noch 1945 zu einer Lohnerhöhung zwischen 15—20 % übergegangen. Aber die Großindustrie hat sich geweigert. Diese Weigerung muß gegen den Hintergrund einer weit verbreiteten Arbeiterforderung gesehen werden, die für Amerika einen neuen und sehr prinzipiellen Charakter hat: die Arbeiter der Großunternehmen haben nämlich zur Stützung ihrer Lohnforderungen verlangt, daß die Arbeiter und die Allgemeinheit einen Einblick in die Bücher der Unternehmen, sowie in deren Einnahmen- und Ausgabenkonten bekommen. Diese Forderung steht in einem gewissen Zusammenhang mit der Aufforderung Trumans in seiner Neujahrsbotschaft an den Kongreß, seinem Vorschlag der Errichtung sogen. ‚fact-finding-boards' die gesetzliche Anerkennung zu geben. Diese ‚fact-

findings-boards' sind Informationsorgane, die bei allen größeren Arbeitskonflikten fungieren und mit dem Recht ausgestattet werden sollen, die Bücher, Kalkulationen und Rechnungslegung der Unternehmen zu prüfen.

Dieser Punkt der öffentlichen Klarlegung des Zusammenhanges zwischen Lohnpolitik und Rentabilität ist in dem ganzen jetzigen Stadium der sozialen Zusammenstöße der springende, prinzipielle Punkt, der im Hintergrunde der ganzen Auseinandersetzung mit der Großindustrie lauert. Ein harter Kampf hat zwischen den Unternehmern und Arbeitern eingesetzt, während die Regierung zwischen beiden Fronten laviert.

Die Ersparnisse der Arbeitnehmer haben ihnen eine Atempause verschafft, die diesen jetzigen Kampf ermöglicht. Denn die Besonderheit der amerikanischen Gewerkschaftsstruktur muß bei der Beurteilung dieser Riesenkämpfe berücksichtigt werden. Die amerikanischen Arbeiter erhalten von ihren Gewerkschaften in der Regel bei einem Streik keine Barunterstützung. Es geht vielmehr so vor sich, daß z. B. die Gewerkschaften der über 1 Million organisierten Arbeiter in den Automobilfabriken von Detroit Massenspeisungen, sogen. ‚soupkitchens' veranstalten, die Arbeiter aber im übrigen auf ihre eigene finanzielle Kraft angewiesen sind. Dementsprechend ist der Gewerkschaftsbeitrag der Arbeiter in USA auch außergewöhnlich gering und beträgt in diesem Falle z. B. nur 1 Dollar im Monat. Das hat zur Folge, daß der eigentliche Kampffond der Gewerkschaften, im Verhältnis zur Mitgliederzahl, relativ gering ist.

Hat die große Streikwelle einerseits einen prinzipielleren Zusammenhang mit der Rentabilitätsfrage und Kontrolle der Unternehmen, sowie mit dem Stande der Lebenshaltungskosten, so ist sie andererseits eng verbunden mit der aus dem Kriege stammenden staatlichen Preiskontrolle und der überhängenden Inflationstendenz, also mit dem Finanzproblem der USA überhaupt. Das ist ihr zweiter prinzipieller Teil, der zugleich das Beschäftigungs- und Konjunkturproblem berührt und in die kommende Periode der Produktion weist, deren Gestaltung von ihr weitgehendst mit abhängig ist.

Die Streikwelle wird durch bisher drei große Streiks markiert: dem Streik in der Stahlindustrie, dem Streik in der Automobilindustrie und zuletzt (z. Zt. der Abfassung dieses Berichts) dem Streik in der Kohlenindustrie. Das ursprüngliche Regierungsprogramm nach der Niederwerfung Japans lief auf eine Art inneren Burgfriedens hinaus. Lohn- und Preiserhöhungen sollten nur in ganz besonderen Fällen bewilligt werden. Der Lohn- und Preisstop, der während des Krieges von Roosevelt verkündet worden

war, sollte im möglichsten Ausmaße erhalten bleiben. Anfang 1946 konnte die Regierung dem von allen Seiten einstürmenden Druck schließlich doch nicht mehr standhalten. Lohnerhöhungen zwischen 15—20 % wurden von Truman prinzipiell zugestanden und die vorher existierende sechsmonatige Wartezeit für die Unternehmer — zwischen Lohnerhöhung und Antrag auf Preiserhöhung — wurde inhibiert. Die Regierung fuhr aber zunächst fort, theoretisch an der alten Linie des Lohn- und Preisstops festzuhalten und die gewährten Erhöhungen nur als Ausnahmen auszugeben. In Wahrheit erfolgten aber die Veränderungen sowohl in der Stahl- als auch in der Autoindustrie, so daß von einer Innehaltung des Prinzips praktisch nur noch in einem sehr relativen Sinne gesprochen werden konnte. Nunmehr liegen auch die Kohlenarbeiter im Streik.

Während die Unternehmer auf der einen Seite mit den Arbeitern im Kampf um die Lohnhöhe stehen, hat sich sowohl in der Stahl-, als auch in der Autoindustrie herausgestellt, daß größere Teilerfolge der Arbeiter auf alle Fälle auf der ganzen Linie als ziemlich sicher anzusehen sind. Politische Rücksichtnahmen auf die kommenden Wahlen können auf der Unternehmerseite auch eine gewisse Rolle gespielt haben.

Daher ist eigentlich das Hauptgewicht bereits nicht mehr im Kampf um die Lohnhöhe zu suchen, sondern nun schon fast mehr im Kampf zwischen Industrie und Regierung um das gesamte System der Preiskontrolle. Hier liegt eine gewisse Parallele zu den Erscheinungen etwa der vorigen Nachkriegszeit in Deutschland vor, wo der Abbau der Zwangswirtschaft des Krieges auch verbunden war mit dem Ruf nach völligem Abbau der Preiskontrolle, womit dann u. a. die Schleusen der Inflation geöffnet wurden.

Das Problem liegt in Amerika prinzipiell gesehen nicht viel anders, und der Kampf hat sich also in dieser Richtung in den letzten Wochen mit außerordentlicher Schärfe zugespitzt. Ideologisch wird er geschickt mit der Propaganda für die Aufrechterhaltung des amerikanischen Prinzips der staatlichen Nichteinmischung in die wirtschaftlichen Freiheiten verknüpft. Aber real liegt in diesem Punkte innerhalb der Gesamtbevölkerung ein gewisser Bruch mit dem Schematismus dieser Vorstellungen vor. In puncto Preiskontrolle will nämlich die Bevölkerung, wie die Untersuchungen ergeben haben, eindeutig deren Beibehaltung, ungeachtet ihrer sonstigen ökonomischen Prinzipien. Das wird nämlich ganz einfach als eine Schutzmaßnahme zur Erhaltung des erhöhten Lebensstandards angesehen.

Man muß sich aber hüten, hier eine allgemeine und zu weit gehende Schlußfolgerung zu ziehen. Der Kampf, der entbrannt ist,

geht nicht um die Beibehaltung des Instituts der Preiskontrolle (verkürzt die O. P. A.) an sich, sondern um den Zeitraum und die Form ihres Abbaues. Daher verlangt diejenige Industrie, die an ihrem Aufhören interessiert ist, auch durchaus nicht ihre sofortige Beseitigung, sondern ausschließlich ihre Modifikation. Und eben die Art und der Grad dieser Modifikation ist im Augenblick der große Prüfstein der kommenden inneren Entwicklung.

Offiziell läuft die Preiskontrolle Ende Juni 1946 ab. Die Regierung hat die Verlängerung der Kontrolle für ein volles Jahr in unveränderter Weise gefordert. Die O. P. A. war Anfang 1946 der Auffassung, daß 18 Monate erforderlich seien, ehe die Industrie wieder ihre volle Friedenskapazität erreiche, und daß also die Preiskontrolle entsprechend verlängert werden müsse.

Der spezielle Ausschuß für wirtschaftliche Nachkriegsfragen, den das Repräsentantenhaus eingesetzt hat, hat nach Beschäftigung mit dem Problem ‚unwillig aber bestimmt' die Verlängerung der Preiskontrolle empfohlen, jedoch ausdrücklich mit dem Begehren nach Modifikation seiner Bestimmungen. Daraufhin hat im April 1946 das Repräsentantenhaus einen Vorschlag angenommen, der im Gegensatz zum Begehren der Regierung sowohl die neue Gültigkeitsdauer der Kontrolle auf 9 Monate beschränkt wissen will, als auch gleichzeitig den Gesetzesvorschlag der Regierung völlig umgearbeitet und auf die Basis weitgehendster Modifikation gestellt hat. Das vorläufige Ergebnis der noch völlig unentschiedenen Kämpfe, die wahrscheinlich mit einem Kompromiß enden werden, ist eine vorsichtige Veränderung in der Preispolitik. Im April wurden bereits eine Reihe wichtiger Preiserhöhungen zugelassen, darunter in Baumwollwaren, Herrenkleidung, Rohöl, Autoteilen und gewissen Maschinen. Die daraus resultierende Erhöhung der Lebenshaltungskosten wird teilweise auf 10 % geschätzt, von anderer Seite wieder nur auf 5 %. Wenn sich die Erhöhungen insgesamt auf dieser Basis halten, so würde sich n o m i n e l l eine Steigerung der Lebenshaltungskosten von 40 % ergeben, gemessen an der Vorkriegszeit. Das wird für USA als günstig betrachtet.

Es ist so gut wie sicher, daß die Modifikationen so weit gehen werden, daß sie der Industrie eine vergrößerte Gewinnspanne ermöglichen. Aber im großen und ganzen dürfte der Abbau der Preiskontrolle doch in relativ vorsichtigen Formen erfolgen, da die kompakte Mehrheit gegen eine plötzliche Reduktion allzu groß ist und vor allem auch in der Landwirtschaft gewisse Befürchtungen ausgelöst hat. Und die Landwirtschaft ist neben der sonstigen Allgemeinheit in diesem Punkte ein wichtiger Faktor.

d) Die staatliche Finanzpolitik und der Kapitalexport:

Noch zwei Jahre nach Beendigung des vorigen Weltkrieges hatten 11/12 der europäischen Staaten, die auf der internationalen Finanzkonferenz zu Brüssel vertreten waren, kein Gleichgewicht in ihren Budgets erreicht, und auch keine Aussicht, es in naher Zukunft zu erreichen. Im Jahre 1920 stellten die Staatsausgaben der ehemals kriegführenden Länder Europas noch zwischen 20 und 40 % des gesamten Volkseinkommens dar.

Ganz anders waren damals die Verhältnisse in USA. 1919 kulminierten die Ausgaben des Staates mit rund 18,5 Mrd. Dollar. Zwei Jahre später waren sie mit 75 % reduziert, so daß schon 1920 nicht nur das Gleichgewicht wieder erreicht worden war, sondern sogar ein Einkommensüberschuß vorlag.

Die Belastung des zweiten Weltkrieges und die veränderten Aufgaben der staatlichen Finanzpolitik erzwingen diesmal einen mehr zögernden Abbau der staatlichen Ausgaben. Im Budget für das Rechenschaftsjahr 1946/47 wird mit 67 Mrd. Dollar totalen Staatsausgaben für 1946 gerechnet, die 1945 noch etwa 100 Mrd. Dollar betrugen. Für 1946/47 wird dann mit einer weiteren Reduktion bis auf 35 Mrd. Dollar gerechnet, womit dann ein Abbau von insgesamt 65 % erreicht wäre.

Die National City Bank hat errechnet, daß eine Senkung der Ausgaben auf 27 Mrd. Dollar erfolgen müßte, wenn die Entwicklung wie nach 1919 verlaufen solle, und erst dann könnten Steuererleichterungen und Amortisierung von Schulden eintreten. In der Monatsübersicht der Bank wird aber zugleich die Auffassung vertreten, daß ein Status von 35 Mrd. für die Zukunft als der jährliche Ausgabenetat des Staates angesehen werden könne, d. h. eine weitere Senkung kaum im Bereiche des Möglichen liege. Die Aufgaben, und damit die Ausgaben des Staates sind eben gewachsen, auch für die Friedenszeit.

Das drückt sich auch, wie immer in solchen Fällen, in einem Anwachsen der Zahl der staatlichen Beamten aus. Sie ist für das Amerika der Gegenwart recht bezeichnend. Virgil Jordan, Chef des National Industries Conference Board, rechnet mit einer Erhöhung der Zahl der federalen Beamten um rund 2 Millionen, so daß deren Gesamtzahl 5 Millionen betragen dürfte. Die Administrationsaufgaben Washingtons seien in großem Maßstabe gewachsen. In Anbetracht evtl. notwendiger staatlicher Hilfsmaßnahmen bei eintretenden Krisenerscheinungen ist für die Zukunft mit einer konstanten Zahl in dieser Höhe als sehr wahrscheinlich zu rechnen. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß in dieses gestiegene

Kontingent beispielsweise auch das sehr ausgedehnte Gebiet staatlicher Forschung gehört. Durch das staatliche Engagement der Wissenschaft während des Krieges hat die staatlich inspirierte Forschung einen sehr starken Auftrieb bekommen und tendiert jetzt dahin, diese Forschung in eine einheitliche Richtung zu lenken und als Dauereinrichtung großen Umfanges zu erhalten. (Es darf also von der gestiegenen Zahl der Beamten nicht grob und schematisch auf eine absolute Vergrößerung des Bureaukratismus und der Formularwirtschaft geschlossen werden.)

Die Ausgabenveränderung spiegelt sich auch in der Kurve der Staatsverschuldung. Vor 1914 betrugen die Staatsschulden etwa 1 Mrd. Dollar, und nach Abschluß des vorigen Weltkrieges rund 25 Mrd. Dollar. 1930 waren sie wieder bis auf 16 Mrd. Dollar gesenkt, um in der Periode der Weltwirtschaftskrise und des New Deal wiederum bis auf 27 Mrd. Dollar anzusteigen. Bei Beginn des zweiten Weltkrieges betrug die Verschuldung 43 Mrd., und nun, am Ausgang des zweiten Weltkrieges, etwa 275 Mrd. Dollar. Die Gläubiger dieser großen Staatsschuld sind überwiegend die Versicherungsgesellschaften, die Banken und andere Geldinstitute, d. h. am letzten Jahresschluß wurden 62 % von solchen Instituten finanziert. Der Anteil der Geschäftsbanken allein beträgt daran etwa 30 %. Nach Berechnungen erhielten 1944 diese Geschäftsbanken 29,5 % der totalen Zinssumme des Staates als Zinseinzahlungen für Staatsschuldverbindlichkeiten, mit anderen Worten 884,5 Mill. Dollar. Die Einkommen aus Staatspapieren bilden gegenwärtig etwa die Hälfte der totalen Bankeinkommen des Jahres überhaupt. Die Gesamtkosten der Banken, die über 1,1 Mrd. Dollar betrugen, wurden also zu etwa 85 % aus den Zinseneinkommen auf die Staatsschuld gedeckt, d. h. sie kamen vom Staat

Das Programm, das Truman in seiner Kongreßbotschaft für den Frieden aufgezeichnet hat, ist eine Kombination von Erwartungen, die sich an die Leistungen der Privatindustrie knüpfen, und zugleich ein Richtungsprogramm für öffentliche Arbeiten. Es ist der Ausbau von Wasserwegen, Häfen, Landwegen, Flugplätzen und Krankenhäusern vorgesehen. Gleichzeitig liegt der amerikanische ‚Beveridge-Plan' in Miniatur vor, und zwar in Gestalt einer federalen Arbeitslosenhilfe für das ganze Land. Zur Zeit sind noch immer 15 Millionen Arbeiter durch keine Arbeitslosenversicherung geschützt. Es soll sich um eine Hilfe von maximal 25 Dollar pro Woche für die Dauer eines halben Jahres handeln. Der Entwurf, der seit dem Herbst 1945 dem Kongreß vorliegt, sah zugleich als die Aufgabe des Präsidenten vor, am Beginn des Jahres jeweils eine Vorkalkulation der jährlichen Arbeitsgelegenheiten vorzunehmen und Berechnun-

gen über den Umfang der Beschäftigung in der Privatwirtschaft und beim Staate anzustellen. Wenn diese Kalkulation eine Arbeitslosigkeit über den normalen Stand hinaus vermuten lasse, dann habe der Kongreß mit finanziellen Maßnahmen einzugreifen. Diese Mittel reichen von einer Beihilfe an die Privatindustrie in Gestalt von Steuerermäßigungen usw. bis zum Beschluß der Durchführung öffentlicher Arbeiten.

Die Förderung des privaten Wohnungsbaues wird von der Regierung besonders propagiert, und für die nächsten 10 Jahre wird ein Bau von etwa 1—1,5 Mill. Wohnungen pro Jahr vorgesehen, mit einem geschätzten jährlichen Investitionsbedarf von 6—7 Mrd. Dollar für das private Kapital. Ganz besonderer Wert wird aber noch auf die Steigerung der Ausbeute und auf die Erschließung neuer Funde von lebenswichtigen Rohstoffen und unumgänglichen Mineralien gelegt. Das zielt einerseits besonders auf die Ölindustrie ab, andererseits aber auch auf die Ausnutzung großer Erzvorkommen mit geringerem Gehalt, für deren Exploitation jetzt die Schaffung neuer technischer Mittel dringlichst gefordert wird, um deren Abbau gewinnbringend durchzuführen.

Die beiden Hauptprobleme aber, die mit der staatlichen Finanzpolitik in einem engen Zusammenhang stehen, sind die inneren Investitionen und dann vor allem das große Problem des Kapitalexports.

Ab Mitte September 1945 hat bereits eine Rekordaktivität des amerikanischen Emissionsmarktes eingesetzt, die einzigartig ist. Von Mitte September bis Ende Oktober sind Obligations- und Aktienmissionen der Privatindustrie in Höhe von nicht weniger als 1,5 Mrd. Dollar erfolgt, und für die ganze Periode von Juli bis einschließlich Oktober rechnet man mit einem Gesamtbetrag von 2,5 Mrd. Dollar. Interessant daran ist, daß der Löwenanteil an diesen Emissionen auf die Public Utilities und die Eisenbahngesellschaften entfällt, unter den ersteren vor allem die Telefon- und Telegraphengesellschaften. Mitte 1946 hat dann eine zweite große Woge von Industrieemissionen eingesetzt.

Das andere, größere Hauptproblem, ist die Frage des Kapitalexports. Das Problem existiert auch außerhalb der England-Anleihe, die jetzt ziemlich gesichert sein dürfte (und von uns bei der Betrachtung des englischen Problems behandelt werden wird). Die Anleiheverhandlungen mit England haben durch die politischen Begleitumstände das Kapitalexportproblem der USA vorläufig noch überschattet; es besteht aber trotzdem weiter.

Amerika hat durch den Krieg eine kräftig erhöhte Handelsbilanz zu seinem Vorteil aufzuweisen. Die Aufrechterhaltung der inneren

Beschäftigung nach dem gegen wärtigen Stande ist nur möglich, wenn jährlich einige Milliarden — man hat den hier notwendigen Betrag auf 2—3 Mrd. geschätzt — nach dem Auslande als Anleihen vergeben werden. Sobald sich aber diese Anleihevergebung als Exportkredit offenbart, dann verschlechtert sich automatisch die Zahlungsbilanz der anderen Länder noch weiter, da deren Bilanz nur gebessert werden kann, wenn die USA einen Importüberschuß aufweisen.

Wird aber die Anleihe nicht als Exportsubvention, sondern als wirkliche Anleihe mit Zins und Amortisierung vergeben, so muß man auch Schuldner auftreiben, die entsprechend kreditwürdig sind. Und die sind sehr dünn gesät. Im Endeffekt erfordert das, daß Amerika genau genommen jedes Jahr weniger ausleihen darf, als es an Zinszahlung entgegennimmt. Auf diese Weise kann aber die Höhe des oben genannten Kapitalexports nicht gehalten werden und der eigene Beschäftigungsgrad sinkt ab.

Das ist der Zirkel, in dem sich die USA resp. diejenigen Länder befinden, die einerseits kreditbedürftig sind, andererseits darauf angewiesen sind, den Kredit durch einen Exportüberschuß nach USA zu bezahlen, und denen dann aber wiederum die Beschäftigungsprobleme der amerikanischen Wirtschaft im Wege stehen.

Das ist der eigentliche neuralgische Punkt der kommenden Entwicklung, und von hier aus führt der Weg daher unmittelbar zu den gegenwärtigen Bestrebungen, das Problem des Kapital- und Warenverkehrs nach diesem Kriege auf einer neuen Basis internationaler Übereinkunft zu lösen. Anders gibt es keine Möglichkeit, aus diesem Zirkel mit heiler Haut herauszukommen. Das ist auch die Ursache dafür, daß heute Amerika sehr energisch — trotz vieler einander widersprechender Bestrebungen innerhalb der einzelnen industriellen Interessentenkreise und der anderer Länder — nicht nur das Anleiheproblem mit England lösen wird, sondern zugleich bestrebt ist, neue Organisationen für den internationalen Waren- und Kapitalverkehr zu schaffen.

In diesem Zwang für den ökonomisch führenden Kontinent liegt zugleich die Erklärung dafür, weshalb die gegenwärtigen Bemühungen, einen neuen Weltmarkt herzustellen, ernsthaft auch von sozialistischer Seite her zu untersuchen sind, da sowohl deren Erfolg als auch deren Mißlingen für die Arbeiterbewegung langwirkende Folgen haben wird.

II.

Die ökonomische Situation Großbritanniens:

1. Die Landwirtschaft

in England, die im Unterschied zu USA keine große Rolle spielt, zeigt sich nach Kriegsende in einem relativ günstigen Licht. Die Mechanisierung ist sehr weit getrieben, die Traktorenanwendung durch die Anforderungen des Krieges sehr stark gesteigert worden. Gegenüber 50000 vor 1939 werden nun nach der offiziellen Statistik rd. 125000 Traktoren in der Landwirtschaft verwendet. Die Agrarforschung, besonders vertreten durch das ‚National Institut of Agricultur Enginieering', sorgt für die Erweiterung der Mechanisierung und ihre qualitative Verbesserung, durch eine ganze Reihe neuer, ständig überprüfter Verwendungsmethoden.

Besonders stark ist das Bestreben, die Vielfalt der landwirtschaftlichen Maschinen zu reduzieren und die Standardisierung so weit als nur möglich zu fördern. Der Mangel an Arbeitskräften wirkt als ein ständiger Antrieb in dieser Richtung. Ebenso wie in USA der für den Familien- und Kleinbetrieb geeignete Traktor geschaffen und benutzt wird, so zeigt sich auch jetzt in England ein verstärktes Interesse an Kleintraktoren und Universalgeräten für landwirtschaftliche Spezialgebiete. Das trifft besonders auf die verbreitete Gartenzucht zu, deren feldermäßiger Ausbau während des Krieges tendenziell ähnliche Fortschritte gemacht hat, wie etwa in USA die erwähnte Umstellung auf Garten- und Meiereiprodukte.

In der Traktorenbenutzung dominieren z. Zt. zwei Modelle, die auch für kleinere Höfe geeignet und im Preise erschwinglich sind. Es ist nicht ohne soziologisches Interesse, daß sich in der Landwirtschaft auf einer bestimmten Höhe der technischen Entwicklung sowohl Tendenzen als auch Möglichkeiten zeigen, eine gewisse Minimalgröße an Besitz — die noch genauer zu erforschen wäre — mechanisiert lebensfähig zu erhalten. Es scheint, daß die

Reduzierung des Klein- und Mittelbesitzes letzten Endes gerade durch die technische Entwicklung selbst offensichtlich auch wieder aufgehalten werden kann, oder bei rationeller Anpassung und gleichmäßigerer Marktlage jedenfalls nicht mehr als unmöglich erscheint.

Zugleich zeigen sich in diesem Falle in England auch Tendenzen, die Möglichkeiten der Mechanisierung kleinerer Höfe dadurch zu erleichtern, daß gleichzeitig eine gemeinsame Maschinenbenutzung für solche Höfe durch sogen. Maschinenzentralen und ähnliche Bildungen organisiert wird. Für die Beobachtung der landwirtschaftlichen Strukturentwicklung und deren politische Auswirkung sind solche Momente jedenfalls nicht ohne Bedeutung.

2. Die industrielle Struktur

2. Die entscheidenden Probleme Englands für die ganze Periode sind aber in der Entwicklung der industriellen Struktur zu suchen. Alles was sich auf diesem Gebiete in USA als ein ‚zu viel', als eine Problematik durch Überfluß zeigt, offenbart sich in England als ein ‚zu wenig', als eine Problematik des Mangels. Ein Mangel an Effektivität, ein Mangel an Rationalisierung, ein Mangel an innerer Organisation.

Alle diese Mängel, die latent schon früher vorhanden gewesen sind, sind aber durch die finanzielle Auswirkung des Krieges plötzlich mit einem Schlage zusammen akut geworden und strahlen nun in der Kapitalfrage zusammen. Das ist die Eigenart der gegenwärtigen englischen Lage. Die radikale Verschiebung der Situation ist durch äußere Verschuldung bewirkt worden, ausgedrückt in Verlust an ausländischen Investitionen und Zinseneinkommen, und einem gewaltigen Minus in der Bezahlungsbilanz.

Das auf diese Weise entstandene Exportproblem hat daher die Mängel in der Rationalisierung der Industrie zu einer umfassenden nationalen Angelegenheit gemacht. Das Gebot der Rationalisierung hat seinerseits die Mängel in der inneren Struktur der Industrie schärfer hervortreten lassen, deren Beseitigung damit ebenfalls eine nationale Angelegenheit geworden ist. Über diesen Weg drückt das Verstaatlichungsprogramm der Arbeiterregierung offenbar eine allgemeine Tendenz aus, die in erster Linie auf erhöhte Produktivität und höchste Effektivität abzielt. In dieser Beziehung ähnelt das englische Nationalisierungsprogramm von 1945 dem deutschen Sozialisierungsprogramm von 1919, das ebenfalls als eine Folge der herrschenden Mängel seinen Schwerpunkt in organisatorischen Veränderungen fand. Das Schlagwort von der

Sozialisierung darf über den realen Kern der Produktivitätsfrage nicht hinwegtäuschen.

Die gegenwärtigen Hauptprobleme zeigen sich in der Kohlenindustrie, und dann in der Eisen- und Stahlindustrie.

a) Die Kohlenindustrie

Der umfassende Bericht des Reid-Komitees, 1945 publiziert, war eine deprimierende Bestätigung der allgemein verbreiteten Kenntnis über die Rückständigkeiten in der Kohlenindustrie. In der gleichen Zeitperiode, in der die maßgeblichen europäischen Kohlenproduzenten eine große Produktionssteigerung zu verzeichnen hatten, hielten die englischen Ziffern nicht gleichen Schritt. Es stieg die Kapazität der Kohlenproduktion pro Schicht von 1927 bis 1936 in Polen um 54 %, im Ruhrgebiet um 81 %, in Holland um 118 %, aber in Großbritannien nur um 14 %. Eine der Ursachen dafür ist die maßlose Zersplitterung des Grubenbesitzes und die dementsprechend technische Rückständigkeit. Das kann man daran ermessen, daß allein 810 verschiedene Unternehmen für die Verteilung des Totalbetrages in Frage kommen, der als Kompensation für die Verstaatlichung gedacht ist.

Die Kohlen-Bill, dem Parlament Ende 1945 vorgelegt, bildet die juristische Basis für die Nationalisierung der Gruben. Der Entwurf sieht einen nationalen Kohlenrat vor, der praktisch die Kohlenleitung darstellt. Aber im Gegensatz zu den parlamentarisch-organisatorischen Vorstellungen, die nach Abschluß des vorigen Krieges in Deutschland aufkamen, wird hier nach anderen Prinzipien verfahren und die gedachten Kohleninstanzen werden auch mit anderen Möglichkeiten ausgerüstet. Der Kohlenrat soll aus 9 Experten bestehen, die vom Kohlenminister ausgewählt werden und sich für die vorkommenden industriellen, kommerziellen und finanziellen Fragen als qualifiziert erwiesen haben müssen. Das wird auch für alle anderen Fragen, die die Führung einer Industrie betreffen, vorausgesetzt, zu denen neben den wissenschaftlichen Fachfragen auch die Fragen der Arbeiterorganisationen gerechnet werden. Das bedeutet die Sicherung des gewerkschaftlichen Anteils an der Leitung. Der Kohlenminister ist bei der Wahl dieser Experten politisch nicht gebunden.

Wesentlich an der Nationalisierungsform ist die Handlungsfreiheit der Kohlenleitung und die Handhabung der Nationalisierung nach geschäftlichen Prinzipien. Die Kohlenleitung soll die Gruben auf die Weise betreiben, die sie für die geeignete betrachtet, und Unternehmer und Gewerkschaftsvertreter sollen im Maße ihrer

Befähigung in der Leitung ihren Platz bekommen. Zugleich hat die Regierung den Grubenbesitzern für deren Investitionen, die von ihnen in der Übergangsperiode vorgenommen werden, annehmbare spätere Kompensationen in Aussicht gestellt. Zugleich wurde auch den Leitern, Technikern und Angestellten die Versicherung abgegeben, daß die Verstaatlichung der Kohlengruben ihnen in keiner Beziehung eine positionsmäßige oder materielle Verschlechterung bringen werde.

Die Abgrenzung desjenigen Besitzes, der nicht der Nationalisierung unterliegen soll, ist im Falle der englischen Kohle nicht so schwierig, da die Besitzverflechtung mit der Eisen- und Stahlindustrie nicht im Entferntesten den deutschen Verhältnissen der vorigen Nachkriegszeit gleicht. Es ist aber im Gesetz vorgesehen, daß Eisen- und Stahlwerke, die zu den betroffenen Grubenunternehmen gehören, nicht verstaatlicht werden sollen. (Es ist aber sehr leicht möglich, daß die für später beabsichtigte Teilnationalisierung der Stahlindustrie, falls sie in der Tat erfolgt, in erster Linie gerade diese Unternehmen treffen wird, da deren bisherige Besitzverbindung mit der Kohlenindustrie die Durchführung erleichtern würde.)

Die Frage der Abfindung ist auf die Weise gelöst, daß die bisherigen Grubenbesitzer in Staatspapieren ausbezahlt werden sollen, die nicht übertragbar sind, wenn es eine Gesellschaft betrifft. Der Markt für staatliche Emissionen soll durch das sonst mögliche Auftreten einer großen Zahl dieser Staatsobligationen nicht beengt werden.

Das Ausschlaggebendste ist aber die Einsetzung eines Betrages von 150 Mill. Pfund für die Modernisierung und Rationalisierung der Gruben. In diesem Punkte drückt sich auch die gegenwärtige Chance für Nationalisierungsmaßnahmen aus und macht es erklärlich, daß die Verstaatlichung praktisch genommen so gut wie überhaupt keinen ernsthaften Widerstand gefunden hat. Die Kohlenindustrie ist nämlich nicht in der Lage, von sich aus diesen hohen Betrag aufzubringen. Der ‚Economist' bestätigt, daß dieser hohe Betrag in der Tat allein durch die Nationalisierung aufzubringen sei. Andererseits haben die Grubenunternehmer selbst nachgewiesen, daß die vorgeschlagenen 150 Mill. Pfund allein für die Modernisierung der Betriebe unerläßlich seien.

Alle diese Maßnahmen werden von dem vorherrschenden großen Kohlenmangel beeindruckt, und vor allem von den geringen Chancen, ihn für die nächste Zeit zu beseitigen. Das kündigt auch die Schwierigkeiten an, die sich dadurch für die Erholung und Steigerung der übrigen industriellen Produktion auftürmen. Als

Ende August 1945 die Verhandlungen um die Verstaatlichung begannen, hat Shinwell gegenüber den Unternehmern und Arbeitern den dringenden Regierungswunsch ausgedrückt, die Kohlenproduktion in den nächsten 6 Monaten um 8 Millionen Tonnen erhöht zu sehen, da der dringend notwendige Bedarf sonst nicht befriedigt werden könne. Mitte 1946 sieht es nach den angestellten Berechnungen so aus, als würden für den kommenden Winter wiederum 7 Millionen Tonnen fehlen, gemessen an der Produktionsleistung der Berechnungszeit. Maßnahmen zur Senkung des Gasverbrauchs und für eine neue Rationierung sind daher bereits in Erwägung gezogen.

Der vorausgesehene Mangel erklärt sich aber nicht allein aus der ungenügenden Produktionssteigerung, sondern auch aus der Erhöhung der Güterproduktion und aus der beginnenden industriellen Erneuerung und Ausweitung. Die Regierung hat die Arbeiter wissen lassen, daß infolge dieses Überganges zur verstärkten Friedenswirtschaft bei gleichzeitig ungenügender Steigerung der Kohlenproduktion im nächsten Winter ein Fehlbedarf von 4 750 000 Tonnen Kohle allein für die Industrie auftreten würde. Das aber bedeute eine Zahl von ungefähr einer Million Arbeitslosen.

Den Forderungen auf erhöhte Kohlenproduktion stehen die üblichen Ermüdungserscheinungen der Arbeitskraft nach den Anstrengungen der Kriegsjahre gegenüber. Dazu kommt die ständige Schwierigkeit, neue Arbeitskräfte gerade für diesen Beruf zu finden. Der Zugang bleibt hinter dem Abgang immer weiter zurück. Das hat für den Kohlenbergbau in den letzten Jahrzehnten, wie auch in anderen Industriestaaten, zu einer zunehmenden Überalterung der Belegschaft geführt. Bei Beginn des Krieges betrug die Zahl der Bergarbeiter in England 766 000. Ende 1945 war sie 710 000. Aber es fällt noch mehr ins Gewicht, daß davon allein über 100 000 im Alter von 55 Jahren oder mehr stehen.

Die Kohle, früher ein bedeutsamer Eportartikel, ist nun zu einem permanenten Mangelartikel sogar auf dem Binnenmarkte geworden. Wenn auch nach einer gewissen Übergangszeit eine wesentliche Erholung eintreten dürfte, analog der vorigen Nachkriegszeit, so wird die Zunahme der Produktion doch für eine ziemliche Zeitspanne überwiegend nur dem Binnenmarkte zugute kommen, auch wenn der Export von Kohle aus einer Reihe handelspolitischer Gründe auf die Dauer nicht völlig vernachlässigt werden kann.

Gleichzeitig liegt in der letzten Zeit ein neuer Vorstoß der Grubenarbeiter auf die Einführung der 5-Tage-Woche und für verlängerte Ferien vor. Die Regierung hat an die Gewährung beider Forde-

rungen das Verlangen nach Produktionssteigerung geknüpft. Es hat den Anschein, als ob die gedachte Form der Nationalisierung gewisse Vorstellungen der Bergarbeiter über prinzipielle Strukturänderungen und deren soziale Auswirkungen enttäuscht hat, und daß die Regierung heute offenbar auch gegen ein aufkommendes Mißvergnügen von dieser Seite her anzukämpfen hat. Eine gewisse Verschlechterung der gegenseitigen Beziehungen ist daher von verschiedenen Seiten beobachtet worden und dürfte in der Tat der Fall sein.

b) Eisen- und Stahlindustrie

Die Durchschnittsproduktion vor dem Kriege betrug während der Jahre 1935—1938 über 11 Mill. Tonnen Stahl. Der Kriegsrekord der Produktion wurde im Jahre 1943 mit etwas über 13 Mill. Tonnen erreicht. — Der technische und kommerzielle Leiter der ‚Iron and Steel Federation', der während des Krieges als Kontrolleur der gesamten Eisen- und Stahlindustrie fungierte, hat errechnet, daß die Eisen- und Stahlindustrie Großbritanniens während der Kriegsjahre rund 86 Mill. Tonnen Eisen und Stahl produziert und bearbeitet hat. Nach Abrechnung eines Imports von 14 Mill. Tonnen waren also rund 72 Mill. Tonnen durch die englische Industrie hergestellt, bei einem Gesamtverbrauch von über 100 Mill. Tonnen Erz und ca. 5 Mill. Tonnen Schrott.

Gleich nach Kriegsschluß haben die ersten notwendigsten Neuinvestitionen in der Stahlindustrie eingesetzt. Diese Eile erklärt sich aus dem ungewöhnlich großen Erneuerungsbedürfnis, zumal nach den vorgenommenen Schätzungen beinahe 90% der Neuanlagen und Ausrüstungen, die reinen Kriegszwecken dienten, für die Friedenszeit von keinem oder jedenfalls nicht von erheblichem Nutzen sind. Die innere und äußere Marktlage, der Exportzwang und nicht zuletzt gewisse Rückständigkeiten der eigenen Apparatur, die durch den Krieg noch unterstrichen worden sind, haben zu einem geschätzten Investitionsbedarf von 120 Mill. Pfund geführt. Die ‚Iron and Steel Federation' hat diese Summe in einem Plan genannt, der innerhalb von 5 Jahren zu realisieren sei. Dieser Plan sieht die Neuanlage und Modernisierung von Walzwerken, die Schaffung neuer Koksöfen und die Errichtung von 19 Hochöfen modernsten Typus vor; ferner neue Anlagen für Erzanreicherung, die den Verbrauch an Koks pro Tonne Eisen herabdrücken sollen. Weiter wird besonders die durchgehende Mechanisierung eines Teiles der vorhandenen Eisengießereien hervorgehoben.

Kurze Zeit nach Kriegsschluß sind schon die ersten Vorberei-

tungen der großen Gesellschaften zur Erhöhung des Aktienkapitals unternommen worden, ebenso ist eine gewisse Konzentrationsbewegung durch Aktienerwerb vor sich gegangen, wenn auch noch nicht in großem Umfange.

Der oben genannte Investitionsplan war der Vorläufer eines späteren Planes, der in Form eines industriellen Weißbuches Anfang Mai 1946 der Regierung vorgelegt worden ist, und indirekt auch eine Antwort auf weitere Nationalisierungstendenzen sein soll. Dieser Plan basiert nunmehr auf einem geschätzten Investitionsbetrag von 168 Millionen Pfund. Die vorgeschlagenen Erweiterungen und Neubauten sind für eine Dauer von etwa 7½ Jahren vorgesehen und bedeuten eine Erhöhung der Kapazität dieser Industrie um insgesamt 40%.

Die Investitionspläne werden durch einen verstärkten finanziellen Ausbau der Forschungsarbeit für die Eisen- und Stahlindustrie komplettiert. Neben den bereits bestehenden Forschungsinstituten der verschiedenen Großunternehmen wurde ein weiterer Betrag von 400 000 Pfund veranschlagt, um neben diesen Stellen auch eine gemeinsame Forschung für bestimmte zentrale Gebiete — namentlich für die Wärmewirtschaft — zu betreiben.

Die veröffentlichten Pläne der Eisen- und Stahlindustrie sollen eine Antwort auf gewisse Nationalisierungspläne der Regierung darstellen, indem sie sowohl die eigenen Möglichkeiten als auch den Willen der Industrie bekunden sollen, sich in der Modernisierung und Erweiterung den nationalen Bedürfnissen der Produktionssteigerung anzupassen. Nachdem die Regierung den vorgelegten Rapport begrüßt hat, hat sie aber dennoch als ihre Ansicht bekanntgegeben, daß sie entschlossen ist, sich auch gegenüber dieser Industrie ‚ein bedeutendes Maß von öffentlichem Besitzrecht' zu sichern, d. h. einen Teil der Eisen- und Stahlindustrie zu nationalisieren. In der Übergangszeit werde ein Kontrollorgan zur Überwachung der Industrie eingesetzt werden. Ende Mai hat das Unterhaus dann schließlich die Resolution angenommen, die den Regierungsbeschluß, ‚geeignete Teile' der Eisen- und Stahlindustrie zu übernehmen, formell santioniert.

Natürlich hat dieser Beschluß zunächst nur einen allgemein prinzipiellen Charakter, und sagt vor allem noch nichts über Form, Inhalt oder gar Umfang der schließlichen Nationalisierung aus. Auch der Zeitpunkt ist durchaus ungewiß. Es kann als sehr wahrscheinlich angenommen werden, daß der Verlauf der allgemeinen Produktionssteigerung, die Gestaltung des Außenhandels einschließlich des Handels mit dem Imperium, ziemlich stark auf diese ganze Frage einwirken werden. Die Regierung hat sich im

Grunde genommen vorläufig nur eine gewisse Handlungsfreiheit gesichert und ist offenbar zunächst darauf aus, durch die Drohung, diese Freiheit auch anzuwenden, die notwendige rationelle Umstellung der Stahlindustrie zu beschleunigen. Daß eine durchgehende Erneuerung der ganzen Produktionsmaschinerie notwendig ist, unabhängig davon, ob nun staatliche oder private Besitzform vorherrscht, ist auch von der ‚Times' unter Berufung auf die Konkurrenzverhältnisse des Weltmarktes bestätigt worden.

Die Gewerkschaft der Stahlarbeiter hat ihrerseits geltend gemacht, daß die englische Stahlindustrie nicht konkurrenzkräftig sei, solange die Produktion vorwiegend auf hochwertigem Erzimport ruhe. Eine Untersuchung habe ergeben, daß die Preise für die Stahlproduktion in den entscheidenden europäischen Produktionszentren niedriger gewesen seien, als in England. So im Ruhrgebiet allein um 14%, in Frankreich, Luxemburg und Belgien sogar um 20%. Der Verband habe deshalb auch eine größere Umstellung auf die Veredelung des geringerwertigen englischen Eisenerzes vorgeschlagen. Durch den wesentlich geringeren Preis für dieses Erz — 3 bis 5 sh per Tonne gegen 25 sh für importiertes Erz nach dem Stande von 1937 — würde in der Praxis eine Senkung der Produktionskosten bis zu 30% erreicht! Die Gewerkschaft schlägt zu diesem Zwecke die Errichtung zweier großer Anlagen mit einer allmählich bis auf zusammen 1,8—2,0 Mill. Tonnen steigerungsfähigen jährlichen Kapazität vor. Die Finanzierung eines solchen Unternehmens verbindet sich durch die Größe des Objekts beinahe automatisch mit der Nationalisierungsforderung.

Gegen die Darstellung der Gewerkschaft polemisiert aber der ‚Economist' besonders mit dem Hinweis auf den bedeutend höheren Kohlenanteil, den die Verarbeitung des einheimischen Erzes in solchen Quantitäten erfordere. Das verteuere nicht nur den ganzen Prozeß, sondern werde außerdem noch durch die Kohlensituation besonders erschwert, ganz abgesehen davon, daß man diese Frage nicht allein vom Gesichtswinkel der Beschäftigung aus betrachten dürfe.

Der Umfang der Rationalisierung der Stahlindustrie deutet aber auch die Schwächelage der Industrie gegenüber allen Teilbestrebungen zur Nationalisierung an. Die Rückständigkeit der englischen Stahlindustrie — (oder anders ausgedrückt: der Fortschritt der amerikanischen Stahlindustrie) — hat die Erneuerung in einem solchen Umfang notwendig gemacht, daß hier eine gewisse staatliche Beihilfe zur Durchführung der Rationalisierung unerläßlich zu sein scheint, wenn auch nicht in gleicher Relation wie gegenüber der Kohlenindustrie.

Die ,Times' sieht zwei notwendige Formen für die Durchführung der Rationalisierung: a) Eine technische Rationalisierung, die die Anlagen völlig modernisiert, verbunden mit der Stillegung veralteter Eisen- und Stahlwerke, dem Aufbau neuer Anlagen unter dem Gesichtspunkte des günstigsten Standorts, sowie Erweiterung vornehmlich solcher Anlagen, die diese Bedingung bereits erfüllen. b) Und die andere Form ist die innere Konzentration, d. h. im Grunde genommen eine rationalisierende Verschmelzung, tendenziell von jener Art, die in Deutschland in den ersten Nachkriegsjahren nach 1918 unter dem Schlagworte von der ,Vertikalkonzentration' eine ziemliche Rolle gespielt hat, wenn auch in ganz anderen Dimensionen. Die ,Times' fordert auf betriebsorganisatorischem Gebiete eine Rationalisierung, die Rohstoff und Halbfabrikate zusammenführt, um den überflüssigen, zeitraubenden und kostenerschwerenden Transport zu vermeiden. Mit anderen Worten: es geht um die Schaffung größerer Produktionseinheiten.

c) Zentrale Kontrolltendenzen

Die allerseits notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen, die Höhe des dafür erforderlichen Kapitals und die sozialen Auswirkungen dieser und anderer Nachkriegsfragen haben das Bedürfnis nach zentralen Kontrollinstanzen erneut wachgerufen.

Stimmen in dieser Richtung sind schon seit dem August des vorigen Jahres laut geworden und knüpfen an die Kapitalkontrollmaßnahmen der Kriegsjahre unmittelbar an. Im August 1945 hat Finanzminister Dalton im Unterhaus die Absicht der Regierung bestätigt, die Kontrolle von Kapitalinvestitionen permanent zu erhalten und sie so anzuwenden, daß eine billige Finanzierung nach einem abgewogenen Prioritätsverfahren vor sich gehen könne. Ausgearbeitete Pläne der Industrie, die deren Modernisierung und Ausbau betreffen, sollen von der Regierung bevorzugt behandelt werden. Es ist ganz offenbar so, daß man immer mehr der Errichtung einer zentralen Kontrollinstanz für alle Investitionen wesentlicher Natur überhaupt zusteuert.

Hier laufen zwei eng zusammenhängende Pläne nebeneinander her: die Schaffung des genannten Investitionsrates und die Schaffung eines zentralen ,Generalstabes' für die Produktion.

Für den Investitionsrat hat die Regierung bereits im Februar 1946 einen Gesetzesvorschlag eingebracht. Dieser Rat soll aus dem Finanzminister, dem Gouverneur der Bank of England und dem Chef der Londoner Fondbörse bestehen. Seine Aufgabe sei die Überwachung der Finanzierung von Gesellschaften, sowie

die Überwachung und Regelung der Anleihen auf dem englischen Kapitalmarkt. Keine Gesellschaft solle das Recht bekommen, ohne Zustimmung dieser Institution Aktien in einem höheren Werte als 500 Pfd. zu emittieren. Keine Gesellschaft soll auch ohne besondere Erlaubnis das Recht haben, sich Kapitalrücklagen durch Gewinnüberführung zu schaffen, oder etwa Kapitalexport in Anleiheform nach dem Auslande vorzunehmen.

Gleichzeitig gehen offenbar sehr intensive Verhandlungen um die Bildung eines zentralen Kopfes für die Gesamtproduktion vor sich. Sie werden von dem Kabinett einerseits mit den Spitzen der Industrie und andererseits mit den Gewerkschaften geführt. Es dürfte sich hier zunächst allerdings mehr um eine Einrichtung handeln, die die Möglichkeit geben soll, die Koordinierung der Gesamtproduktion zu erleichtern und namentlich den neuen Exportbedingungen eines Schuldnerlandes anzupassen.

3. Das Exportproblem

3. Alle diese industriellen Pläne und Probleme münden in das viel umsprochene Exportproblem ein, bei dem zwischen dem Imperiumhandel und dem eigentlichen multilateralen Handel zu unterscheiden ist. Die notwendige Höhe der Exportsteigerung wird mit mindestens 50% angegeben, wobei die Chancen, diesen Prozentsatz voll zu erreichen, nicht zu hoch veranschlagt werden.

Aber die Auswirkungen einer amerikanischen Anleihe könnten immerhin eine Reihe von Möglichkeiten bieten, die bestehende Unterbilanz in ein Gleichgewicht zu verwandeln, d. h. die Auslandsverschuldung herunterzubringen. Das Tempo des Ausgleichs durch Exportsteigerung wird aber in gewissem Sinne erschwert, solange die Konkurrenzkraft in Preis, Qualität und Produktionsleistung namentlich hinsichtlich der Eisen- und Stahlindustrie noch nicht erreicht und gesichert ist. Die Anleihe von Amerika hätte allerdings zunächst den Vorteil der rascheren und ausgiebigeren Rohwarenversorgung der Industrie. Das gäbe die Hoffnung, durch die so geschaffene Atempause indessen auch die notwendigen Umstellungen in der Industrie zu einigem Erfolg zu bringen.

Die Aufmerksamkeit richtet sich zunächst auf den Imperium-Handel. Er wird quantitativ oft überschätzt. Seit Ottawa hatte sich zwar der imperiale Anteil, am totalen Handel gemessen, erhöht. Aber er betrug doch 1937 jedenfalls nicht mehr als 50% von Englands totalem Export, und zugleich nicht mehr als 40% von Englands totalem Import. Mit anderen Worten: auch im Zeichen von Ottawa war die Weltverflechtung immer noch beträchtlich,

und darunter nicht zum mindesten die Verflechtung mit den USA. Es ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß das Imperium als Ganzes an so entscheidenden Handelsartikeln wie Tabak, Benzin und Baumwolle an Knappheit leidet, und daß England immerhin noch 1937 aus den Vereinigten Staaten u. a. bezog: knapp 80% seines Tabakimports, 42% seiner Bauwollimporte, 58% seines Autoimports und fast die Hälfte des Maschinenimports. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß England nun für eine weitere Reihe von Jahren auf die Lieferung spezieller industrieller Ausrüstungen aus USA angewiesen sei, die früher aus Deutschland importiert worden sind.

Die geschichtlich begründeten und weit zurückreichenden Tendenzen der systematischen Schutz- resp. Vorzugsbehandlung eines in sich mehr geschlossenen Imperiumhandels werden aber in ihrer Relativität nicht nur durch die eben genannten Ziffern gestützt. Die Unterhöhlung des Gedankens einer imperialen Blockbildung ergibt sich auch aus den wirtschaftlichen Strukturveränderungen, die innerhalb des Imperiums durch den Krieg beschleunigt worden sind. Die Dominien-Industrien haben sich nämlich während des Krieges kräftig weiterentwickelt und das verstärkte Schutz- und Exportbedürfnis für die eigene Industrie drückt sich immer mehr in dem Wunsche aus, der Ausfuhr neue Wege zu öffnen. Das aber erfordert einen Abbau bestehender Handelsschranken. Professor Allan Fisher hat in den „Anglo-American-News" ausgeführt, daß mit dem Aufkommen verarbeitender Industrien während des Krieges in den Dominien es jedem klar werden müsse, daß sich damit der Vorschlag eines geschlossenen imperialen ökonomischen Blocks als eine überwiegend akademische Idee erwiesen habe. Sie sei nicht realisierbar. Von allen Imperiumländern zeige sich einzig Neuseeland an Vorstellungen dieser Art interessiert, denn dessen Export geht eben vollständig nach England. Doch das ist eine Ausnahme.

Die Aufmerksamkeit richtet sich vielmehr darauf, den industriell fortgeschrittenen Dominienländern vor allem den Exportzutritt zum amerikanischen Markt in verstärktem Maße zu ebnen. Die Auflockerung des imperialen Handelsgedankens wirkt wie die ökonomische Parallele zu den gegenwärtigen politischen Auflockerungen und der Verwandlung früher direkt beherrschter Gebiete in dominiale Einflußsphären. Die ökonomische Auflockerung muß sich im Zusammenhang mit der amerikanischen Anleihe notwendig in der Richtung äußern, die einem multilateralen Handel zustrebt. Sie stärkt damit die Position jener, die durch die Zustimmung zu Bretton Wood ausdrücken wollen, daß die Handelspolitik

Amerikas den Anstoß für einen neuen umfassenderen Welthandel auf freierer Basis geben soll. Daran sind heute alle maßgeblichen Teile des englischen Imperiums relativ stark interessiert. Aber man ist sich eben auch im Klaren darüber, daß diese Entwicklung zum überwiegenden Teile wirklich in die Hand der USA gelegt ist.

Im Zeichen der großen Exportkampagne haben sich nun verschiedene Marktorganisationen der einzelnen Industrien sowie ein zentrales Institut der großen Industrie gebildet, das durch Filialen im Auslande zur Untersuchung der Märkte und Vorbereitung der Exportsteigerung tätig ist. Das geht in finanzieller Unabhängigkeit von den staatlichen Handelsorganen vor sich, aber in den einzelnen Ländern doch in intimer Zusammenarbeit mit ihnen. Die Regierung hat von sich aus bereits Ende August 1945 Maßnahmen getroffen, die Exportmöglichkeiten für englische Waren in 48 verschiedenen Ländern systematisch zu untersuchen, wie z. Zt. Handelsminister Cripps in einer Sachverständigenkonferenz zur Vorbereitung einer Exportoffensive bekannt gegeben hatte.

Maßnahmen ähnlicher Art, aber gleich mit entsprechender Kapitalplacierung verbunden, sind auch von englischen Großbanken einige Zeit nach Kriegsende eingeleitet worden und zielen vor allem auf die Förderung der industriellen Tätigkeit in den englischen Kolonien ab. Mehrere Banken haben spezielles Personal für diese Frage abgeteilt, die gleichzeitig Kontaktnahme sowohl mit Wirtschaftskreisen als auch dem Handelsministerium unterhalten. Hier geht es vornehmlich um die Finanzierung neuer Unternehmen in den afrikanischen Kolonien.

Aus dem Kreise dieser Organe für die Exportuntersuchung ragt vor allem die BETRO hervor, die als die quasi Generalvertretung der Industrie überhaupt angesehen werden kann. Sie ist von den bedeutendsten Unternehmen ins Leben gerufen worden, hat in London ein großes Büro errichtet und nun auch mit den Ausstrahlungen nach dem Auslande begonnen, zuerst nach Skandinavien, dem später der Nahe Osten mit einer Filiale in Kairo folgen soll, und dann in rascher Folge weitere Filialen. Mit der Vollendung des Ausbaues, der sich über die ganze Welt erstrecken soll, wird für die nächsten 2 Jahre gerechnet.

Vorläufig (soweit jetzt bereits etwas darüber ausgesagt werden kann) läßt sich die englische Exportsteigerung nicht ungünstig an. Der totale Export betrug wertmäßig im Kriegsjahre 1944 rd. 258 Mill. Pfund, aber im letzten Kriegsjahr und halben Friedensjahr 1945 bereits 471 Mill. Pfund. Während einer Unterhausdebatte im Februar 1946 erklärte Attle, daß es das Ziel sei, für 1946 einen totalen Export in Werthöhe von 750 Mill. Pfund zu erreichen. Im ersten

Quartal von 1946 ist der Export um 64 Mill. Pfund auf 184 Mill. Pfund gestiegen. Im April ist die Ausfuhr gegenüber derjenigen vom Monat vorher wiederum um 2 Mill. Pfund gestiegen und hatte einen Wert von 69 Mill. Pfund, so daß bis jetzt eine Kurve gehalten ist, die im Sinne der von Attlee genannten Ziffer für 1946 Gutes verspricht. Wobei allerdings nicht zu übersehen ist, daß damit immer noch nicht das Niveau von 1938 erreicht ist. Ebenso dürfte die Entwicklung der Preiskurve noch erhebliche Korrekturen erzwingen.

4. Das Schuldenproblem

Der frühere Finanzminister Sir John Anderson hat die materiellen Kriegskosten Englands auf 9—10 Mrd. Pfund geschätzt. Die Nationalschulden vor dem Kriege betrugen 9 Mrd., und dürften insgesamt nun auf etwa 25 Mrd. gestiegen sein. Aus einer Gläubigernation ist eine Schuldnernation mit einer Auslandsverschuldung von über 4 Mrd. Pfund geworden. In der Beilage zum Anleiheabkommen mit USA wird dieser Betrag total auf genau 4 198 Mill. Pfund geschätzt, entstanden in der Zeit vom September 1939 bis Juli 1945. In diesem Betrag ist u. a. der Verkauf von 1 118 Mill. Pfund an ausländischen Investitionen und Kapitaleingängen enthalten, und markiert so klar und deutlich den großen Positionsverlust der englischen Ökonomie. Insgesamt 2 879 Mill. Pfund entfallen auf die Steigerung ausländischer Verpflichtungen. Der Druck der Auslandsverschuldung äußert sich außerdem in der Höhe des Anteils der kurzfristigen Verschuldung, die insgesamt 3052 Mill. Pfund beträgt, während auf langfristige Anleihen nur 303 Mill. Pfund entfallen. Eine kleine Erleichterung liegt darin, daß der Löwenanteil der Verschuldung auf Länder des Sterlinggebietes entfällt. Diese 2723 Mill. Pfund verteilen sich auf folgende Weise: Dominiens 384 Mill. Pfund, Burma und mittlerer Osten 1732 Mill. Pfund, übriges Sterlinggebiet 607 Mill. Pfund.

Die Tatsache, daß der Hauptteil der Verschuldung auf diese Gebiete entfällt, hat ohne Zweifel die Position Englands in den Verhandlungen gegenüber dem Dollarlande gestärkt, da in der Größe dieser Verpflichtung zugleich die — wenn auch negative — Chance eingeschlossen liegt, bei einem ungünstigen Verlauf der Verhandlungen die hier entstandenen großen materiellen Bindungen in eine akzentuiert imperiale Handelspolitik, wenn es sein muß, umzuwandeln.

Von den Auslandsverschuldungen außerhalb des Sterlinggebietes in Höhe von 632 Mill. Pfund entfallen auf Nord- und Südamerika

insgesamt 303 Mill. Pfund, auf Europa 267 Millionen, und auf die übrige Welt 62 Mill. Pfund.

Die inneren Kapitalverluste, die England durch den Krieg erlitten hat, werden lt. der Beilage zum amerikanischen Anleiheabkommen per 31. 10. 1945 auf 885 Mill. Pfund geschätzt, Das bezieht sich auf die unterlassenen Erneuerungen, den Ausfall von Reparaturen, verschlissene Maschinen und Materialverluste. Die gesondert aufgeführten direkten Kriegsschäden, die an Gebäuden usw. entstanden sind, wurden mit 1450 Mill. Pfund eingesetzt.

Die nun vom amerikanischen Senat bewilligte Anleihe erreicht nominell die Höhe von 4,4 Mrd. Dollar, beträgt aber praktisch nach Abzug der auf Leih- und Pachtkonto überführten Summe 3748 Mill. Dollar. Damit ist der Beginn zu neuen Handels- und Kapitalbeziehungen vollzogen worden, und es wird sich bald herausstellen, ob sich nun der Weg zu einer neuen Art von Weltwirtschaft öffnen wird.

Das Problem besteht darin, ob sich die USA den Ausgleich für die Anleihe durch einen forcierten Exportüberschuß zu verschaffen suchen und damit die alten Formen der Handelspolitik weiterbetreiben, oder ob die USA es besser vorziehen, wie die ‚Times' hoffen will, „durch normalen Handel den Dollarbetrag zur Verfügung zu stellen, der für Wareneinkauf und Schuldenregulierung gebraucht wird". Vorläufig ist die ‚Times' und sind auch andere noch recht skeptisch. Die Furcht vor einer großangelegten amerikanischen Exportoffensive ist noch lange nicht beseitigt. Eine Schranke für eine solche Offensive, die die Anleihe in handelspolitischer Hinsicht recht problematisch machen würde, besteht darin, daß das Interesse der Sterlingländer am Warenbezug aus England infolge der dort eingefrorenen Guthaben gleichzeitig ein eigenes größeres Exportbedürfnis besonders nach dem USA-Markte automatisch hervorrufen muß. Die Handelsposition Kanadas dürfte diese gesunde Tendenz noch verstärken. Durch den Mund seines Handelsministers hat es bereits wissen lassen, daß es seinen sehr umfangreichen Import aus USA nur aufrechterhalten kann, wenn zugleich der kanadische Export nach England in normalem Umfange weitergeht. Im gleichen Augenblick, da der amerikanische Senat die Anleihe an Großbritannien akzeptiert hat, hat auch der kanadische Senat einen Gesetzesvorschlag über eine Anleihe in Höhe von 1250 Mill. Dollar an England gutgeheißen, was die Haltung Kanadas, wie oben gekennzeichnet, nur noch unterstreicht.

Es sind jedenfalls starke Kräfte am Werke, um die Bereitschaft der USA, ihre Tore für den britischen Import zu öffnen, durchzu-

setzen. Die schweren Folgen eines gegensätzlichen Vorgehens liegen allzu klar auf der Hand.

Im ganzen gesehen wird in dem Abkommen die Möglichkeit erblickt, den Anschluß an Bretton Wood voll zu vollziehen, und es wird an diese ‚Freimachung des Pfundes' zugleich auch die Erwartung einer Rückkehr zum Goldstandard geknüpft.

In der Vorbereitung auf solche Auswirkungen ist Großbritannien sehr angelegen, das staatliche Budget so rasch als möglich wieder ins Gleichgewicht zu bringen, um damit außerdem auch den drohenden inflationistischen Gefahren besser begegnen zu können. Finanzminister Dalton war in der Lage, bei der Vorlage des neuen Budgets einer veranschlagten Gesamtausgabensumme von 3887 Mill. Pfund für das neue Rechnungsjahr ein vermutliches Staatseinkommen von 3193 Mill. Pfund gegenüberzustellen. Das bedeutet, daß der berechnete Fehlbetrag 694 Mill. Pfund beträgt, d. h. es kann als gelungen angesehen werden, daß bereits eine Reduktion des bisherigen Fehlbetrages um 68% erreicht worden ist! Dalton konnte daher auch hinzufügen, daß England dieses Jahr einem Budgetausgleich schon sehr nahe kommen wird. Alle Kraft konzentriert sich daher nun auf das Herunterbringen des Defizits in der Bezahlungsbilanz, weshalb die amerikanische Anleihe trotz vieler Kritik und Bedenken doch mit großer Erleichterung begrüßt worden ist.

Immerhin macht die Preisentwicklung der Regierung ziemlich viel zu schaffen, und die Inflationsgefahr droht stärker denn je. Die Preise sind fortgesetzt in die Höhe gegangen, wobei auch nach der ‚Times' die Kosten für die Lebenshaltung noch nicht einmal die ganze Preiserhöhung real widerspiegeln. Die Preiserhöhungen für Kleider sind seit 1939 zu einem großen Teil durch die erfolgte Qualitätsverschlechterung verdeckt worden, in Wahrheit aber schon ziemlich hoch. Für April 1946 hat sich der Index für industrielles Material und Fertigwaren mit 3,4% erhöht, während früher — d. h. seit 1939 — die durchschnittliche monatliche Indexerhöhung dieser Waren nur auf 0,5% kam. Die Steigerung für Baumaterial ist für den April mit 5,1% berechnet worden. Ferner liegt eine bedeutende Erhöhung solcher Detailpreise vor, die außerhalb der Standardpreisberechnungen des Board of Trades Index fallen. Die Preiserhöhungen werden nur teilweise als die Spiegelung von Lohnerhöhungen oder einer Erhöhung des Lohnkontos durch Rückgang der Arbeitsleistung angesehen. Teilweise sind sie eine Auswirkung der erhöhten Kosten für die Erstellung neuer Anlagen oder für höhere Preise eingeführter Rohstoffe.

Die Neuemissionen des inneren industriellen Marktes für

das verflossene Jahr 1945 waren zwar mit 20 Mill. Pfund insgesamt etwa doppelt so hoch, wie die von 1944, erreichen aber damit noch nicht einmal ein Drittel der Emissionsziffer von 1939, während die Emissionen von 1937 mit 171 Mill. Pfund sogar mehr als das Achteinhalbfache der Summe von 1945 betrugen. Dabei ist nicht nur der Kapitalbedarf nach Kriegsende außerordentlich groß, sondern die englische Industrie wird außerdem z. Zt. auch als außergewöhnlich liquid angesehen. Es ist ein Problem, inwieweit die Gesellschaften aus politischen Gründen — in Anbetracht der Nationalisierungstendenzen — den offenen Kapitalmarkt umgehen, oder wieweit aus den gleichen politischen Motiven heraus überhaupt Zurückhaltung geübt wird. Das Jahr 1946 wird in dieser so wichtigen Frage ohne Zweifel die Entscheidung bringen. Die Drohung mit einer Teilnationalisierung der Stahlindustrie (und ähnlichen Maßnahmen) kann sowohl eine Beschleunigung der Investitionen bewirken, als auch eine besondere Kampfsituation in Form eines Investitionsstreiks schaffen.

Da aber die Amerikaanleihe nun so gut wie gesichert ist, die Verhandlungen für einen internationalen Warenverkehr allmählich ins Rollen kommen, und außerdem die Regierung es deutlich vorzieht, bei der Nationalisierung streng kommerzielle Gesichtspunkte wirksam werden zu lassen, besteht für eine solche Kampfsituation keine besondere Chance. Es ist eher mit beiderseitigen Konzessionen und Angleichungen zu rechnen. Dafür sprechen ja auch heute schon die Ziffern des aufwärtsgehenden Exports.

Im Großen und Ganzen kann man bei der Berücksichtigung der englischen Handels- und Finanzsituation sagen, daß Großbritannien vom entgegengesetzten Ende aus als die USA tendenziell neuen Weltmarktabkommen und -bestrebungen in die Arme getrieben wird: für die USA ist das die Folge des großen Überschusses an Produktionskraft und Kapital; für England ist das die Folge des großen Mangels an Kapital und des Bedürfnisses, die Verschuldung durch Warenexport in weitestem Rahmen wieder zu liquidieren.

III.

Die ökonomische Situation Frankreichs:

Die Art der Wiedereingliederung Europas in die Weltwirtschaft entscheidet sich für die nächste Periode zuerst in der Ökonomie jener Länder, die dem Ozean am nächsten liegen. Ungeachtet der Bedeutung Hollands und Belgiens kommt hier der französischen Situation aus vielerlei Gründen die zentrale Bedeutung zu. Unter anderem auch deshalb, weil die wirtschaftlichen Maßnahmen der westlichen Siegermächte gegenüber Deutschland weitestgehend mit davon abhängig sind, in welchem Umfange und vor allem in welchem Tempo die französische Wirtschaft gesundet. Erst nach der wirklichen inneren Stabilisierung Frankreichs kann auch eine Kontinuität in der wirtschaftlichen Gestaltung Deutschlands eintreten, soweit das in die Hand Englands und Amerikas gegeben ist. Da Frankreich durch die Folgen des Krieges, und notabene auch durch die Folgen seiner Vorkriegspolitik, ganz anders in Mitleidenschaft gezogen worden ist, als etwa Belgien und Holland, türmen sich hier auch die zentralen Probleme der kommenden europäischen Wirtschaftsordnung auf. An der französischen Situation ist daher heute die eigentliche westeuropäische Wirtschaftsproblematik abzulesen. Frankreich scheint im Jahre 1946 ein verschlimmertes Deutschland von 1919 zu repräsentieren.

Die Waage, die sich z. Zt. die politischen Parteien in Frankreich halten und die das Gleichgewicht der Unentschiedenheit und nicht des Ausgleichs ist, drückt sich auch in der Ökonomie aus. Es liegt eine starke Wechselwirkung zwischen beiden Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens vor. Das zeigt sich sowohl in den inneren ökonomischen Reformversuchen, als auch in den wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland.

Im Innern herrscht vorerst noch eine Nationalisierungsbewegung, bei der die Dekrete eine wesentliche Rolle spielen. Daher ist von vornherein jeder Vergleich mit der englischen Nationalisierungsbewegung unzulässig. Während sie in England primär mit der Modernisierung und Anpassung der Industrie an

die veränderten Weltmarkt- und Großmachtbedingungen verknüpft ist, stellt sie in Frankreich letzten Endes doch mehr eine Schutzmaßnahme gegenüber inflationistischen Tendenzen dar. Die Verstaatlichungsprojekte in Frankreich drücken mehr ein organisatorisches Provisorium aus, dessen endgültiger Weg noch nicht entschieden ist. Der weitere Verlauf hängt weitgehend von der Finanz- und Valutagestaltung sowie von den neuen Bedingungen ab, die der internationale Handelsverkehr schaffen dürfte.

Während die Nationalisierungstendenz in England ganz unabhängig von der amerikanischen Anleihe betrieben wird und von ihr in ihrem Laufe nicht aufgehalten werden kann (wenn sie vielleicht auch auf deren Umfang mit einwirken wird), so ist es in Frankreich genau umgekehrt. Gerade Art und Umfang der benötigten Auslandskredite werden auf die Nationalisierung entscheidend einwirken. Das ist der Ausdruck dafür, daß die Erholung des Landes von zwei äußeren Faktoren überwiegend abhängig ist: von der Reparationsleistung aus Deutschland und von der Anleihewoge aus dem Auslande, also besonders aus Amerika. Léon Blum hat das zu Beginn der Anleiheverhandlungen in Washington deutlich ausgesprochen, wenn er meinte, daß das französiche Wiederaufbauproblem in 4 oder 5 Jahren zu lösen wäre, wenn deutscher Schadenersatz und amerikanische finanzielle Hilfe zur Verfügung gestellt würden, um die Produktion dann schließlich bis auf 25% über das Niveau des letzten Friedensjahres zu heben. Wenn Frankreich während einer Reihe von Jahren 30 Mill. Tonnen Kohle aus der Ruhr bekäme, was weniger mehr als 15% der dortigen Produktion sei, so wäre das eine sehr ansehnliche Hilfe.

Und gleich nach der kürzlichen Anleihegewährung durch USA hat Finanzminister André Philip erklärt, daß die durch die amerikanische Hilfe nun wahrscheinlich bald zu erwartende Produktionssteigerung es ermöglichen werde, die bestehenden Kontrollmaßnahmen zu erleichtern und die größere Freiheit der privaten Initiative wiederherzustellen.

Es handelt sich also bei der französischen Nationalisierung in Wahrheit zunächst mehr um den Ausbau eines außerordentlich verschachtelten, und durch die Umstände nur sehr bedingt wirksamen wirtschaftlichen Kontrollsystems, also einer besonderen Art des Bureaukratismus. Er kann weniger die Aufgabe erfüllen, eine neue wirtschaftliche Ordnung zu schaffen, und hat offenbar mehr die historische Aufgabe, den totalen Zusammenbruch einer alten Ordnung zu verhüten, um nicht ein inflatorisches und damit zugleich politisches Chaos heraufzubeschwören. Die französische

Nationalisierungsbewegung trägt überwiegend die Züge von Maßnahmen, die der Restriktion dienen, und nicht der Konstruktion.

Man tut gut daran, an diesem Aspekt der Nationalisierungsbewegung in Frankreich nicht vorbeizusehen, um nicht voreiligen und völlig fehlerhaften Schlußfolgerungen zu unterliegen, die sich sonst notwendig als ideologische Enttäuschungen auswirken müßten. Es wäre ein bitteres Unrecht, die Vorgänge in Frankreich mit Gewalt in einem sozialistischen Sinne deuten zu wollen.

a) Die Verstaatlichung:

Im großen Rahmen, d. h. also in diesem Falle mehr auf dem Papier, hatte die Regierung 1945 im Zusammenhang mit den Verstaatlichungsplänen eine Dreiteilung der Wirtschaft vorgenommen. Danach hatte man mit drei Sektoren, je nach ihrem Besitzstatus, zu rechnen. 1. Mit dem nationalisierten Sektor, der in direkter Abhängigkeit vom Staate stehen soll und allgemeinnützige Unternehmen umfasse. 2. Dem dirigierten Sektor. Er betrifft Unternehmen, die nicht direkt als gemeinnützig zu bezeichnen sind, aber doch zugleich für die Versorgung der Nation von vitalem Interesse sind. In diesem Sektor soll das bestehende Eigentumsrecht respektiert werden, aber dessen freie private Anwendung soll begrenzt, also dirigiert werden. 3. Der dritte Sektor ist der sogen. freie Sektor, der — quantitativ gesehen — die Majorität der Industrie des Landes umfassen soll.

Die Verhältnisse haben sich jedoch nicht nach diesem aufgemachten Schema entwickelt. Der große Absturz der Produktivität, das Ausmaß der Zerstörung und der Verluste, die Entwicklung der Preise, der Löhne, der Valuta, und nicht zuletzt das Rohstoffproblem haben eine Staatskontrolle erzwungen, die auf dem Wege über ein besonderes Amt dem Staate ein ausschließliches Bestimmungsrecht über die Rohstoffzuteilung an die Industrie gegeben hat, wodurch zunächst einmal de facto eine Art von zentraler Industriekontrolle entstand. (Was aber wiederum noch nichts über den Erfolg eines solchen Zuteilungssystems aussagt.)

Charakteristisch für die erste Periode nach der Befreiung ist, daß trotz der zeitweise raschen Lohnerhöhungen die Steigerung der Produktionskosten im Ganzen gesehen dennoch bedeutend höher gewesen ist, als die Lohnsteigerung. Allerdings stehen genügend offizielle statistische Unterlagen als ausreichender Beweis dafür nicht zur Verfügung. Von zuverlässiger englischer Seite ist berechnet worden, daß die Preissteigerung für fertige Konsumtionswaren und Kapitalwaren gegenüber 1938 rund 230 % be-

trägt, das individuelle Einkommen sich etwa verdreifacht hat, der minimale Umfang der Produktion und die zunehmende Inflation aber die Einkommenssteigerungen täglich illusorischer gemacht hat.

Die Lohnentwicklung verlief zunächst auf die Weise, daß Mitte 1945 noch das Verbot bestand, die Verkaufspreise trotz gestiegener Unkosten über das Preisniveau vom Herbst 1945 zu steigern, während zugleich eine allgemeine Lohnerhöhung von 40 % durchgeführt wurde. Ferner hatten alle Unternehmen 25 % des Lohnes an solche Arbeiter auszuzahlen, die durch die Einschränkung der Produktion unbeschäftigt waren, aber nicht entlassen werden durften. Das zehrte stark an den Bareingängen und dem Kapital der Unternehmen, wurde aber schon nach wenigen Monaten für die Arbeiter durch drei Faktoren wieder völlig absorbiert: durch die sprunghafte Entwicklung zur Inflation, durch den Mangel an Lebensmitteln und Waren aller Art, und durch das damit verbundene ungewöhnliche Anschwellen der schwarzen Börse. Daher war der Reallohn Ende 1945 schlechter, als vor der eingetretenen Lohnerhöhung.

Im Ganzen gesehen lagen die Produktionsziffern in der 2. Hälfte 1945 ungewöhnlich niedrig, kaum über einem Drittel des Vorkriegsniveaus, wobei Unterernährung und schlechte Ausrüstung der Fabriken wesentlich beigetragen haben. Es ist noch zweifelhaft, ob die Produktion für Mitte 1946 viel über 60 % des Vorkriegsniveaus liegen wird.

Die einzige Produktion, die offenbar eine bessere Aufwärtsbewegung zu verzeichnen hatte, ist die Kohlenproduktion, die Anfang 1946 endlich wieder ebenso groß war, wie vor dem Kriege, was aber nicht ausschließt, daß Frankreich zur Ingangsetzung und Aufrechterhaltung seiner Industrie und eines späteren notwendigen großen Exports seinen Kohlenimport verdoppeln muß. Auf alle Fälle bietet aber die Steigerung der Kohlenproduktion eine gewisse Hoffnung dafür, daß die übrige Produktion nun auch etwas rascher nachfolgen wird.

Inmitten des großen Durcheinanders hat sich die Regierung entschlossen, einen Produktionsplan für die Dauer von 5 Jahren vorzubereiten. Nach diesem Plan soll die französische Industrie und Landwirtschaft einer vollkommenen Modernisierung unterworfen werden, um namentlich die Industrie gegenüber den anderen Großmächten wieder konkurrenzfähig zu machen. Ein entsprechendes Modernisierungsamt und ein Kommissariat unter der Leitung eines angesehenen Finanzexperten (Monnet, der übrigens schon in Algier in der Auseinandersetzung zwischen

de Gaulle und Giraud eine ausgleichende Rolle gespielt hatte) ist eingesetzt worden. Dieses Amt soll eine Reihe spezieller Ausschüsse für jeden einzelnen Wirtschaftszweig gesondert berufen. Um die Bedeutung der Rationalisierung zu unterstreichen, wurde von Monnet angeführt, daß der Unterschied in der individuellen Produktivität zwischen Frankreich und den beiden großen Westmächten so bedeutend sei, daß für eine Arbeit, die in USA oder England von einer einzigen Kraft ausgeführt wird, in Frankreich allein 3 bis 4 Arbeitskräfte gebraucht werden. In den vorgesehenen Einzelausschüssen sollen Arbeiter, Arbeitgeber und der Staat vertreten sein.

Zunächst ist dieses Amt aber auch nicht mehr als eines der vielen anderen, wenn auch theoretisch mit weitaus größeren und umfassenderen Perspektiven. Der Kardinalmangel, an dem die sämtlichen Wirtschaftsmaßnahmen heute kranken und für den die Vielzahl der Kontrollorgane und die bureaukratisch sinnlose Aufblähung ein Ausdruck ist, liegt in dem völligen Mangel einer notwendigen und zuverlässigen nationalen Wirtschaftsstatistik! Die vielen Kontrollinstanzen können diesen Mangel nicht beseitigen, aber sie können ihn für eine gewisse Zeit nach außen hin etwas verdecken, wodurch aber nur Verwirrung und letzten Endes auch Korruption gesteigert werden müssen. Daher sind alle Angaben über die wirkliche ökonomische Lage schwebend und nicht sehr zuverlässig. Die Situation ist vielfach wahrscheinlich noch krisenhafter und schlimmer, als man geneigt ist, anzunehmen. Unter diesen Mängeln leidet auch die Aufstellung des staatlichen Budgets, das im Grunde genommen stark approximativ arbeitet, und weniger nach exakten Ziffern des französischen Nationaleinkommens.

Der Blick wendet sich hier in gleich starkem Maße der Landwirtschaft wie der Industrie zu. Frankreich ist in erster Linie immer noch ein Agrarland. Über die Hälfte der Bevölkerung lebt von direkter oder indirekter Beschäftigung für die Landwirtschaft, die unter der Okkupation außerordentlich gelitten hat. Fachleute schätzen die benötigte Zeit, um die alte Produktionskraft wieder herzustellen, allein auf 4 Jahre. Und das wird auch erst von dem Zeitpunkte ab errechnet, da das Transportsystem wieder voll und zufriedenstellend in Ordnung gebracht ist. Setzt man als diesen Ausgangstermin Ende 1946 als wahrscheinlich an, so könnte nach dieser Berechnung — die vielleicht doch etwas zu pessimistisch sein wird — Frankreich erst wieder 1951 wie früher einmal Selbstversorger für Weizen, Milch, Butter und Fleisch sein. Die Rückstände sind aber auf alle Fälle wirklich bedeutend.

Léon Blum hat unter den vordringlichen Maschinenartikeln, die auf Basis der amerikanischen Anleihe als Import aus USA erwartet werden, vor allem die landwirtschaftlichen Traktoren genannt. Kurz nach Kriegsende tauchten auch amerikanische Pläne für den Bau von Riesenanlagen in Frankreich auf, in denen landwirtschaftliche Maschinen aller Art einschließlich Traktoren — gleichzeitig auch für die Gesamtversorgung des gesamten europäischen Marktes gedacht — hergestellt werden sollten. Die Verwirklichung dieser Pläne, um die es dann wieder stiller geworden ist, dürfte noch von allerlei Faktoren abhängen, nicht zuletzt von der Ausformung einer klaren inneren ökonomischen Politik Frankreichs.

Eine solche französische Politik ist aber heute sehr von Kräften abhängig, die außerhalb Frankreichs wirksam sind. Genauer gesagt: in dem Maße, in den sich ein internationaler Handel und ein international festes Valutasystem herausbilden, und in dem Maße, in dem dabei der Anschluß Frankreichs vollzogen wird, kann sich auch erst eine klare innere Wirtschaftsentwicklung voll durchsetzen.

Daher haben die vielen Nationalisierungsmaßnahmen und alle anderen wirtschaftlichen Vorgänge, die sich nun abspielen, eine viel größere Ähnlichkeit mit den deutschen Erscheinungen der vorigen Nachkriegszeit, als etwa mit den strukturellen Verschiebungen im heutigen England. Und diese Ähnlichkeit, die schon beinahe einer Parallelität gleicht, wird noch dadurch verstärkt, daß genau wie damals die Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande, der Weltmarktanschluß und der Kredit des Weltmarktes auf die inneren Strukturprobleme der Wirtschaft grundlegend einwirken werden.

Ebenso wie 1919 in Deutschland, so dürfte die heutige Auslandsabhängigkeit und -verbundenheit Frankreichs neben gewiß auch anderen Faktoren doch den letzten Ausschlag herbeiführen. Es ist daher gut, sich von der verworrenen und undurchsichtigen inneren Wirtschaftslage und den vielen Formalerscheinungen der einzelnen Verstaatlichungsprojekte und -dekrete nicht noch mehr verwirren zu lassen, sondern stärker auf das gegenwärtige französische Finanz- und Valutaproblem zu achten. Von hier aus wird der Anschluß an die Wirtschaft des Westens signalisiert. Über diesen Weg muß sich der Anschluß vollziehen, und von hier aus werden sich dann entsprechende Rückwirkungen auf den inneren Wirtschaftskurs einstellen.

b) Das Finanz- und Valutaproblem:

Die Reise Léon Blums nach Washington zur Verhandlung über eine große amerikanische Anleihe wurde durch die Veröffentlichung eines Gelbbuches eingeleitet, das in offiziellen Dokumenten die Bereitwilligkeit Frankreichs ausdrückt, sich der von amerikanischer Seite aus vorgeschlagenen gemeinsamen Aktion für die Wiedererstellung eines internationalen Handels anzuschließen. Es wird erklärt, daß auch Frankreichs Handelspolitik darauf ausgerichtet sei, zum Wiederaufleben des Welthandels beizutragen. Aber in der Einleitung dieser Dokumentensammlung stehen zugleich die entscheidenden Sätze, die die Situation Frankreichs und den gegenwärtig notwendigen Vorbehalt aussprechen: die Möglichkeit Frankreichs, „zur Entwicklung des Welthandels effektiv beizutragen, hängt von den Möglichkeiten ab, die das Land bekommt, um seine Wirtschaft sowohl hinsichtlich der Landwirtschaft als auch der Industrie zu rekonstruieren und zu modernisieren".

Diese Möglichkeiten sind aber ausschlaggebend auf finanziellem Gebiete zu suchen und zu finden. Die ersten Schritte, die nach der Befreiung unternommen wurden, lagen in der gleichen Richtung, wie die der übrigen befreiten Westgebiete Europas: allgemeiner Notenumtausch zur Reduzierung des Banknotenumlaufes mit der gleichzeitigen Wirkung, ein ungefähres Bild über die nationale Vermögensverteilung zu gewinnen; und die Abschöpfung von Kriegsgewinnen durch eine gesonderte Besteuerung.

Die Abschöpfung der Kriegsgewinne wurde in Frankreich in die Form einer ‚Nationalen Solidaritätssteuer' gekleidet, und enthielt sowohl eine einmalige Vermögensbesteuerung, als auch eine gleiche Besteuerung auf die während des Krieges erfolgte Vermögenssteigerung, wobei ein gewisser Mindestbetrag ausgenommen wurde.

Der Banknotenumtausch war die Vorbereitung zur eigentlichen Vermögensbesteuerung, und nahm 2 Monate in Anspruch. Nach erfolgtem Umtausch veröffentlichte die Banque de France erstmals wieder den Ausweis über den Notenumlauf. Dabei stellte sich als Ergebnis der Aktion heraus, daß im August 1945 gegenüber dem Stichtag vom 17. Mai der Notenumlauf der Bank mit 25 % reduziert worden war, und zwar von 589 Mrd. Frc. auf 444 Mrd. Frc. Da aber der Notenumlauf Ende August 1939, also vor Ausbruch des Krieges, 129 Mrd. Frc. betrug, war er nun also immer noch 244 % höher als vor dem Kriege, aber doch immerhin schon bedeutend niedriger als der Höchstsatz, der im Herbst 1944

mit 632 Mrd. Frc. erreicht worden war. Von der ermöglichten Reduktion im Laufe des Umtausches resultierten zwei Drittel daraus, daß die Noten gegen Bankeinlagen und Wertpapiere ausgetauscht wurden, während ein weiteres Drittel überhaupt nicht zum Umtausch vorgelegt worden ist, sei es, daß es nach Deutschland gelangt war, sei es, daß es von den Besitzern aus Gründen ihrer persönlichen politischen Zweifelhaftigkeit als eine Art von Okkupationsgewinn nicht vorgelegt worden ist. (Es ist übrigens interessant, daß der gleiche Vorgang in Holland zur Folge hatte, daß hier allein 800 Mill. Gulden der alten Banknoten aus offenbar den gleichen Gründen in der Umtauschperiode nicht vorgelegt worden sind, was in beiden Fällen einen entsprechenden Gewinn für die Staatskasse bedeutete.)

An diese Aktion schlossen sich die vorbereitenden Maßnahmen zur Vermögensbesteuerung an, die mit einer Zwangsdeklaration über Auslandsguthaben begannen und zu einer Deklaration des Aktienbesitzes, der Obligationen und Schatzkammerwechsel weitergingen. Alle diese Maßnahmen können die Grundlage einer späteren rationelleren Besteuerung mit entsprechender Einschätzungsgrundlage abgeben. Die unmittelbare Wirkung — wenn auch dann wieder praktisch durch die weitere Entwicklung aufgehoben — war zunächst eine kräftige Senkung des Goldpreises auf der schwarzen Börse, die im gegenwärtigen Frankreich eine so bedeutende Rolle spielt.

Als die Befreiung kam, rechnete die französische Regierung mit einem sofortigen und großen Zustrom amerikanischer Waren und einem schnellen Ingangkommen der eigenen Industrie. Die Regierung ging in ihrer Finanzpolitik daher davon aus, daß eine baldige Preissenkung möglich sei, und betrieb eine entsprechende Deflationspolitik, für den Verkehr mit dem Auslande auf einem relativ niedrigen Wechselkurs basierend.

Diese Wechselkurse wurden zu einer Zeit vereinbart, als die alliierte Landung bevorstand, und waren auf einer Höhe gehalten, die den alliierten Truppen keine zu große Kaufkraft geben sollte, um die französische Preisskala nicht weiter nach oben zu treiben. Der Dollar wurde offiziell mit 50 Frc. notiert, und das Pfund mit 200 Frc.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten war in Frankreich aber viel größer gewesen, als in Amerika und England, und setzte sich dann auch in noch viel rascherem Tempo immer weiter fort. Mit anderen Worten: die Produktionskurve blieb weiter zurück, als man vorher offenbar angenommen hatte. Die beabsichtigte Deflationspolitik wurde unmittelbar gehemmt, die Inflation brei-

tete sich aus, und für die ausländischen Käufer ergaben sich daher durch die festgestellten Kurse ganz außerordentlich hohe Preise, die nicht wettbewerbsfähig waren. Der Unterschied zwischen dem inneren Wert des Franc und seinem Auslandswert wurde im Verhältnis zum festgestellten Wechselkurs immer größer.

Damit trieb die Entwicklung nun zur Devalvation. Das hatte auch noch einen anderen, nicht weniger bedeutsamen Grund. Die Zustimmung zu Bretton Wood, die tendenziell den Anschluß an die westliche Handelssphäre und damit an den kommenden Weltmarkt bedeutet und gleichzeitig die Tore für spätere internationale Kredite durch die geplante Internationale Bank öffnen soll, setzte eine Fixierung der Valutaparität voraus, deren jeweilige Höhe von dem Stande der eigenen Produktionskraft und seiner Fähigkeit zum multilateralen Handel abhängt.

Frankreich bereitete diesen Schritt zunächst durch eine sogen. Ausgleichskasse für den Außenhandelsverkehr vor, die „caisse de péréquation'. Das ging auf die Weise vor sich, daß offiziell zunächst am bisherigen Wechselkurs festgehalten wurde, dafür aber bei einem Warenimport von jedem Dollar, der ja mit 50 Frc. eingesetzt wurde, zugleich weitere 50 Frc. an die staatliche Ausgleichskasse abzuführen war. Und umgekehrt wurde bei einem Export französischer Waren mit dem bestehenden Wechselkurs auf ähnliche Weise verfahren, und zwar so, daß ein Rechnungswert von 100 Frc. nominell nur mit 75 Frc. eingesetzt wurde, während der Differenzbetrag an die staatliche Kasse als eine Art von Exportabgabe eingezahlt wurde.

Indessen gingen die entsprechenden interalliierten Verhandlungen zur Feststellung eines neuen Wechselkurs vor sich. Ende 1945 wurden die Kurse dann auch offiziell neu festgestellt, und zwar der Dollar mit 119,1 und das englische Pfund mit 480 Frc. Die Senkung des Auslandswertes der französischen Valuta enthält das doppelte Problem, sowohl den kommenden Export in einer Preislage zu ermöglichen, die den Absatz sichert, als zugleich auch den Wechselkurs dadurch nicht über eine Höhe zu treiben, die den Import zu sehr verteuert. Denn der innere Warenbedarf ist so riesig, daß die Tendenz, durch entsprechende Valutagestaltung billigere Einkäufe zu verschaffen, sich immer wieder bemerkbar machen muß. Andererseits bedeutet aber die Verbilligung des Exports (unter der Voraussetzung, daß er in genügendem Umfange und entsprechendem Tempo auch wirklich in Gang kommen kann), an sich schon eine bessere Gewähr für verstärkte Importmöglichkeiten.

Soll die Veränderung der offiziellen Wechselkurse aber von dauernderem Erfolg begleitet sein, dann muß auch eine ökonomische Erholung so bald als möglich einsetzen. Sonst hängt diese finanzielle Transaktion in der Luft, denn nur durch Produktivität wird die sonst unvermeidlich nachfolgende innere Preissteigerung vermieden.

Dies zu erreichen und zu sichern, dazu dienen eben in erster Linie die Anleiheverhandlungen mit den Vereinigten Staaten. Der innere ökonomisch-finanzielle Zirkel, in dem sich also Frankreich befindet, und der nur vom Westen aus auf eine annehmbare Weise gelöst werden kann, beweist für Frankreich die politische Zwangsläufigkeit, sich — unter welchem Regime immer — vorwiegend nach dem Westen orientieren zu müssen, wenn es nicht in eine ökonomisch so völlig hoffnungslose Situation geraten will, daß es zum Bürgerkriege und zum neuen Zusammenbruch treibt.

Der ‚Economist' hat das französische Dilemma treffend damit gekennzeichnet, daß sich in Frankreich die Kommunisten bis jetzt hauptsächlich auf Rußland verlassen hätten, die Sozialisten hauptsächlich auf Großbritannien, de Gaulle und die Katholiken dagegen auf eine Prestigepolitik mit kühlen Beziehungen zu allen Großmächten. Also alles in allem keine klare Außenpolitik. Mit der Wiederaufnahme starker ökonomischer Beziehungen zur westlichen Welt sei aber eben unausweichlich auch eine Verstärkung der politischen Verbindungen verknüpft. Und erst in diesem Zusammenhang sieht der ‚Economist' nun auch in dem Modernisierungsplan von Monnet — mag er jetzt auch nur auf dem Papier stehen — eine gewisse Bedeutung zum Ausdruck kommen, nämlich die Möglichkeit, nun auch geschlosseneren ökonomischen Linien zuzusteuern.

Die Lage nach der Devalvation stellt sich so dar, daß nach den mutmaßlichen Berechnungen, die infolge der mangelnden exakten Unterlagen nach wie vor ziemlich approximativ sind, die französische Exportindustrie geringere Lohnkosten aufzuweisen haben dürfte, als deren internationale Konkurrenz. An Stelle dessen bewirkt aber die Rückständigkeit der Industrieanlagen ein erhöhtes Maß übriger Kosten, wodurch also ein Kostenausgleich nach oben mehr oder weniger automatisch herbeigeführt wird. Das läßt sowohl Schlüsse auf das Rationalisierungsproblem zu, als auch auf die kommenden Lohnprobleme, denen Frankreich in der eigentlichen Aufbauperiode noch gegenübergestellt sein wird. Auch Deutschland wies nach Abschluß des vorigen Krieges trotz seiner großen Lohnbewegungen nach Eintritt in die Stabilisie-

rungsperiode ein Lohnniveau auf, das noch zur Zeit des Dawesgutachtens unter dem Weltmarktlohne lag. Wieweit ein neue große Lohnbewegung in Frankreich schon in einem frühen Stadium einsetzen wird, hängt weitgehendst von der Fähigkeit ab, die Preiskontrolle einigermaßen in der Hand zu behalten, bei gleichzeitiger Steigerung von Produktion und Arbeitsleistung. Die Chancen dafür sind nicht allzu groß.

Auf diese ganze Entwicklung drückt gleichzeitig sehr schwer, daß das Budgetdefizit nicht in genügendem Maße gesenkt werden kann. Das liegt allerdings nicht nur an den kriegsbedingten erhöhten Sozialausgaben, sondern u. a. auch an dem eingesetzten Heeresetat, der über Gebühr groß ist, was aber seine politischen Ursachen und Perspektiven hat, die hier nicht behandelt werden.

Der gesamte notwendige Kreditbedarf für die nächsten 4 Jahre ist von französischer Seite zu Beginn der amerikanischen Verhandlungen mit 4 Mrd. Dollar errechnet worden. Nach Ansicht der amerikanischen Finanzexperten ist das aber viel zu hoch gegriffen, eine Kürzung bis zu 50 % komme der Wirklichkeit und dem realen Bedarfe näher!

Die endlich bewilligte Anleihe zerfällt in vier Teile. 1. Die Bewilligung eines Dollarkredits durch die Export and Import Bank in Höhe von 650 Mill. Dollar. 2. Die Zurechnung der Verschuldung, die auf der Basis des Leih- und Pachtabkommens noch nach dem Kriege entstand und einen Warenwert von 400 Mill. Dollar repräsentiert, der Frankreich für den Wiederaufbau zugute gekommen ist, so daß sich die finanzielle Hilfe praktisch auf über eine Milliarde Dollar beläuft. 3. Die Überlassung einer größeren Anzahl von Handelsschiffen an Frankreich. Und 4. Der Anschluß Frankreichs an die von amerikanischer Seite formulierten Prinzipien zur Schaffung eines neuen internationalen Handels.

Damit ist die erste Etappe in der neuen ökonomischen Entwicklung der Nachkriegszeit für Frankreich erreicht. Sie fällt zeitlich mit der letzten politischen Wahlentscheidung zusammen, die zwar noch immer einen Gleichgewichtszustand verkörpert, der sich ökonomisch sehr differenziert auswirken kann, aber doch bereits eine Umwälzung in eine Richtung ausschließt, die den ökonomischen Einbau in die westorientierte Weltwirtschaft verbaut.

Deshalb ist auch der 4. Punkt in den Abmachungen mit Amerika zugleich ein wirtschaftspolitischer Punkt von mehr als nur theoretischer Bedeutung. Er skizziert viel besser die beinahe zwangsläufigen Tendenzen der französischen Entwicklung der nächsten Zeit, deren innerer Kern aber zugleich davon bestimmt werden

wird, in welchem Maße die von Amerika propagierten Handelsprinzipien sich in der Tat erfolgreich durchsetzen werden. In diesem Sinne trifft dieser Punkt zugleich die Situation und die notwendige ökonomische Tendenz Westeuropas. Vom Ausmaße seiner Verwirklichung wird in der nächsten Periode auch ein entsprechender wirtschaftspolitischer Einfluß auf die ökonomischen Maßnahmen gegenüber Deutschland und innerhalb Deutschlands ausgehen.

IV.

Neue weltwirtschaftliche Tendenzen

Die wichtigsten Vorschläge und die stärksten Bestrebungen, den internationalen Handel zu erleichtern und ihn auf eine neue organisatorische Basis zu stellen, gehen gegenwärtig von Nordamerika aus. Man wünscht einen intensivierten Warenverkehr, möglichst frei von störenden Einschränkungen und Kontrollmaßnahmen.

Woher kommt diese Einstellung? Die eindeutige Überlegenheit, die die USA gegenüber allen alten Industrieländern besitzt, enthält zwar einen gewissen automatischen Zwang, auch in den internationalen Handelsfragen das Tempo zu bestimmen, es erklärt aber nicht genügend die gegenwärtigen amerikanischen Anstrengungen, die in diese Richtung weisen. Ebenso wäre es unzureichend, die Einstellung der USA nur als ein Ergebnis ihrer neuen politischen Machtstellung zu erklären. Gewiß ist die politische Schlüsselposition der Vereinigten Staaten ein Anlaß mehr, die Tendenzen zu einem neuen Welthandel schärfer als erwartet zu unterstreichen, und den eigenen protektionistischen Kräften die Stirn zu bieten.

Aber alle diese Erklärungen reichen nicht aus, zumal sie bei Lichte besehen auch das Gegenteil hätten bewirken können. Denn ökonomische und politische Größe allein können auch eine wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit fördern, in der die Restbestände des einstigen internationalen Handels einen hinreichenden Spielraum für die notwendigsten Beziehungen gewähren.

Die Ursachen für die neue Einstellung der USA liegen in Wahrheit viel tiefer und sind für die ökonomische Entwicklung der westlichen Welt von sehr fundamentaler Bedeutung. Die wirtschaftlichen Anforderungen des Krieges haben auf die USA, man möchte fast sagen, wie einige russische Fünf-Jahrespläne gewirkt. Bestimmte Industriezweige sind auf eine Weise forciert worden,

wie sie nur die Anforderung eines Krieges zu erzwingen vermag. Die Folge davon ist, daß in einer ganzen Reihe von Industriezweigen eine Überkapazität entstanden ist, denen der normale, wenn auch wieder gesteigerte Friedensbedarf der Vereinigten Staaten auf die Dauer nicht genügen kann. Das kommt nur im Zeitpunkt des Übergangs von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft mit ihrer Fülle von einander divergierenden Problemen nicht ohne weiteres zum Ausdruck. Dennoch ist die Überkapazität aber eine Tatsache, die sich eines Tages, spätestens ab 1948, immer stärker bemerkbar machen wird.

In der Stahlindustrie, die ja in allen wirtschaftlichen Prognosen einen zentralen Platz einnehmen muß, wird damit gerechnet, daß in etwa zwei Jahren das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion wieder hergestellt ist, daß also ab 1948 der bestehende Warenmangel voll ausgeglichen sein wird. Auch für andere Industrien wird das als der wahrscheinlichste Termin angenommen.

Von da ab werden dann diejenigen Faktoren wirksam werden, von denen neuerdings ein Gutachten der koordinierten amtlichen Stellen, die mit Anleihefragen zu tun haben, gesprochen hat. Dieser Nationale Rat für die Begutachtung internationaler Geld- und Finanzprobleme (National Advisory Council on International Monetary and Financial Problems), der in einem Gutachten hervorgehoben hat, daß die Anleihen einen bedeutenden Faktor in der amerikanischen Umstellungspolitik bilden, weist nämlich besonders auf die Tatsache der industriellen Überkapazitäten hin. Während des Krieges seien diejenigen Zweige der Industrie, die Kapitalgüter produzieren, derart ausgebaut worden, daß in vielen Fällen im Hinblick auf den möglichen Friedensbedarf eine klare Überkapazität vorliege.

Das sei vor allem für Eisenbahnmaterial, Werkzeuge, Maschinen, Material für Kraftstationen, gewissen Metallen, schweren Chemikalien, sowie synthetischem Kautschuk der Fall.

Da der Raum für Neuindustrialisierung in den zurückgebliebeneren Teilen der Vereinigten Staaten selbst seit dem Ende des vorigen Krieges immer mehr und mehr zusammengeschrumpft ist, wird die Überkapazität zu einem Problem der nahen Zukunft. Die Grenze für die innere Expansion der amerikanischen Industrie war schon in den Zwischenkriegsjahren immer enger geworden, die Industrialisierung des amerikanischen Westens außerordentlich weit gelangt, und der neue Krieg hat diese Entwicklung dann noch mit Siebenmeilenstiefeln beschleunigt.

Zum ersten Male seit seiner neueren Industriegeschichte taucht daher für die USA ein Exportproblem auf, das von vornherein Züge einer fortgesetzten Steigerung aufweist. Und damit steht man auch gleichzeitig vor dem Beginn einer ganz neuen Ära der notwendigen amerikanischen Wirtschaftspolitik. Durch die Schlüsselposition, die die USA heute und für eine unbegrenzte Zeit einnimmt, hat dies zugleich eine neue Ära der wirtschaftlichen Beziehungen der westlichen Welt überhaupt im Gefolge. Das neue große Exportproblem, das das nächste Jahrzehnt stark beherrschen dürfte, fällt mit einer politischen Position der USA einerseits, und mit einer politischen Konstellation der Nachkriegszeit andererseits zusammen, die in ihrer Kombination auf die amerikanische Handelspolitik tief einwirken müssen. Der Exportzwang erzwingt eine Neuregelung der zwischenstaatlichen Handelspolitik. Das kommende quantitative Ausmaß des Exportzwangs erzwingt eine Neuregelung auf internationaler Basis, also eine Verständigung mit so vielen Ländern als möglich. Damit ist die Richtung zum Aufbau einer neuen Weltwirtschaft zunächst gegeben.

Dies ist eine Situation, die auch alle jene, die die neue wirtschaftliche Formung des europäischen Kontinents diskutieren, keinen Augenblick übersehen sollten.

Neben dem quantitativen Druck wird aber gleichzeitig auch eine qualitative Einwirkung auf die kommende amerikanische Handelspolitik vorliegen. Man wird davon ausgehen müssen, daß diese wahrscheinliche ökonomische Expansion in eine Zeit fällt, in der die Strukturveränderungen des Kapitalismus gewisse Planungselemente hervorgerufen haben. Der Aufbau einer neuen Weltwirtschaft kann nicht daran vorbeigehen, wenn er nicht eine Don Quichotterie ausarten soll.

Eine weitere Einwirkung auf diese Handelspolitik, besonders in der Spezialfrage der Marktverteilung, wird neben dem Zerbrechen der wirtschaftlichen Stoßkraft Japans der deutsche ökonomische Zusammenbruch hervorrufen. Er wird sich als europäisches Sonderproblem im Rahmen einer neuen Weltwirtschaft äußern, da er die wirtschaftliche Position und Kraft des alten Kontinents für lange Zeit tief geschwächt hat.

Und eine weitere Einwirkung wird international schließlich davon ausgehen, daß die USA als treibende Kraft gleichzeitig ein Land ist, in dem sich Trusttendenz, kommerzielles Denken der Staatspolitik und ein breites Marginal freier kapitalistischer

Privatinitiative auf eine eigenartige Weise miteinander vermischen.

Alle diese Erscheinungen müssen also, um es noch einmal hervorzuheben, die handelspolitischen Bemühungen der Vereinigten Staaten notwendig tief beeinflussen, und sich ihrerseits späterhin in der Handelspolitik der korrespondierenden Staaten und deren multilateraler Zusammenfassung ebenso stark geltend machen.

Bei alledem ist aber eine große, politische Einschränkung am Platze: man muß sich davon freihalten, die beginnenden amerikanischen Bemühungen zur Schaffung eines neuen internationalen Handels auf freierer Basis schon als eindeutig feststehend und als klar abgesteckt zu betrachten. Haben wir, entwicklungsgeschichtlich gesehen, auf der einen Seite den amerikanischen Zwang zur ökonomischen Expansion auf der Basis internationaler Verständigung und Arbeitsteilung vor uns — die sich in der ersten großen Periode der Nachkriegszeit allerdings zunächst mehr in Form von Warenkredit äußern dürfte — so zeigen sich auf der anderen Seite innerhalb der USA selbst eine solche Fülle einander widerstrebender Kräfte, daß die Gefahr, diesen Weg zu verlassen oder völlig zu verbiegen, heute wie zuvor noch sehr groß ist. Denn es ist eine der großen Voraussetzungen für eine neue internationale Wirtschaft, daß die Vereinigten Staaten in ihrer inneren Wirtschaftspolitik einen Weg beschreiten, der die weltwirtschaftlichen Aspirationen nicht gleich an der Quelle wieder verstopft. Daß dies aber geschehen könnte, darin liegt gerade die große Gefahr.

Der wirklich enge innere Zusammenhang zwischen binnenstaatlicher Wirtschaftspolitik und der neuen weltwirtschaftlichen Tendenz kommt in der Art, in der gegenwärtig innere amerikanische Wirtschaftsprobleme ihre politisch nuancierte Lösung finden, jedenfalls nur schwach zum Ausdruck.

Wir haben die eigenartige Situation, daß in diesem entscheidenden Punkte im Grunde genommen zwischen dem amerikanischen Kongreß als Forum verschiedenster politischer und wirtschaftlicher Interessenten auf der einen Seite, und der amerikanischen Wirtschafts-Administration auf der anderen Seite, eine große Lücke klafft. Es zeigt sich das interessante Bild, daß die Stimmen und Kräfte des Protektionismus in den Kongreßkreisen nach wie vor sehr stark sind, daß aber die amerikanische Administration offenbar sehr eindeutig zu den neuen weltwirtschaftlichen, und damit fortschrittlichen Kräften tendiert.

Das kann für die innere amerikanische Entwicklung von Bedeutung werden. Es wäre eine soziologische Untersuchung für

sich, wieweit hier Tendenzen vorliegen, die eine weitere Stärkung der Unabhängigkeit der Administration mit allen ihren Vorteilen und Schäden begünstigen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die soziologische Zäsur, die das Regime von Roosevelt bedeutet hat, so tiefe Spuren in der wirtschaftspolitischen Verwaltung des Staates hinterlassen hat, daß hier Veränderungen von struktureller Bedeutung aufgekommen sind, die für die neue Zeit internationaler Wirtschaftspolitik zugleich von Vorteil sind.

Wie dem aber auch sei — gegenwärtig klafft diese Lücke, gegenwärtig ist die Administration der fortschrittliche und vorwärtstreibende Teil. Ihre Politik fällt zeitlich sowohl mit der neuen politischen Stellung der USA zusammen, als auch — entwicklungsmäßig gesehen — mit dem neuen ökonomischen Expansionsbedürfnis. Daher spricht viel dafür, daß sich in diesem Falle die Position der Administration noch weiter verstärken wird, falls die Spitze des Staates eine politisch glückliche Hand hat.

Das Problem des neuen internationalen Handels zerfällt im wesentlichen in zwei Teile, die einander nicht automatisch ergänzen und ebenso viele Schwierigkeiten und Fallstricke enthalten. 1. Die Handelsbeziehungen zwischen den bisherigen, sogenannten alten Industrieländern. Sie äußern sich im Augenblick sowohl als Kreditproblem, als auch als amerikanisches Importproblem. 2. Die Expansion nach den industriell zurückgebliebenen Ländern. Sie äußert sich als Rohstoff- und Investitionsproblem.

Die Aufmerksamkeit richtet sich gegenwärtig vorwiegend auf den ersten Punkt. Er enthält vor allem die Beziehungen zwischen USA, Großbritannien, Kanada und dem westlichen Europa, und manifestiert sich in einer Fülle von Kreditbesprechungen und Kreditabkommen. Er enthält zugleich das Problem, in welchem Umfange die USA bereit sein wird, ihren eigenen Markt für die Fertigwaren dieser Länder zu öffnen, wieweit also der Zollabbau vor sich geht. Er enthält ferner das Problem, wieweit das Kartellwesen internationalen Beschränkungen unterworfen wird, und auf welche Weise das monetäre Gleichgewicht durch eine stabilisierte Valutaparität gehalten wird.

Das sind in der Tat außerordentlich große Probleme. Aber man darf nicht daran vorbeigehen, daß deren glückliche Lösung, die die Freisetzung des neuen Welthandels ermöglicht, wiederum nur eine Vorstufe des bedeutsamen zweiten Problemes ist. Dieses Problem steht jetzt noch sehr im Schatten, obwohl sich die weiteren Chancen der kapitalistischen Wirtschaftsweise gerade auf diesem Felde der großen Markterweiterung erst richtig entscheiden wer-

den. Im ersten Problem liegen die Möglichkeiten der großen Initialzündung verborgen. Aber erst im zweiten Problem öffnet sich die neue wirtschaftliche Periode, die zugleich mit der Expansionsbedingung der amerikanischen Wirtschaft so eng verknüpft ist.

Hier zeigt sich auch der tiefere Sinn der amerikanischen Bestrebungen, den Warenverkehr der industrialisierten Teile der Welt auf eine Basis zu stellen, die von Restriktionen so frei als möglich ist. Glückt dies, so wird der Weg geebnet, um die Industrialisierung in jene Teile der Welt zu tragen, die noch immer wirtschaftlich jungfräuliches Gebiet darstellen. Denn wenn es gelingt, den Handel zwischen den Industrieländern wieder in ein normales Fahrwasser zu bringen und eine gleichmäßigere Konjunktur für eine längere Zeit so weit zu stabilisieren, daß die Rückschläge nicht einer Umwälzung gleichen, erst dann bekommen die großen Investitionen in den industriell zurückgebliebenen Ländern ihren guten Sinn.

In einer Schrift der wirtschaftlichen Abteilung des einstigen Völkerbundes, die erst 1945 erschienen ist und das Thema „Industrialisierung und Außenhandel" behandelt, wird bei der Besprechung der stimulierenden Wirkung der Neuindustrialisierung in den zurückgebliebenen Ländern auf die hohe Bedeutung der noch erschließbaren Absatzmärkte hingewiesen. Sie ergibt sich u. a. aus den Ziffern der Industrieproduktion von 1926/30, die zwischen 250 Dollar pro Kopf in USA bis zu nur 3 Dollar pro Kopf in Indien und China tendieren.

Von der Zeitdauer, für die die industrielle Welt ihren neuen Produktionsstandard ohne nennenswerte Kriseneinbrüche auf der Höhe halten kann, hängt es ab, ob neue Gebiete in den Warenkreislauf so tief einbezogen werden können, daß sie ihrerseits ein neues, konjunkturförderndes oder stabilisierendes Element für eine weitere Zeit darstellen. Und nur in dem Maße, in dem dies gelingt, gelingt auch die Formung einer neuen Weltwirtschaft, die nicht in das Abschnürungsmodell der dreißiger Jahre einmündet.

Seit der großen Weltwirtschaftskrise von 1929 hat sich der Weltaußenhandel im aufgekommenen System der regionalen Gruppenbildungen nie wieder voll erholen können. Nach den Angaben der ökonomischen Sektion des Völkerbundes hatte auch im Konjunkturjahr 1937 der Welthandel das Niveau von 1929 nicht mehr zu erreichen vermocht.

Kurz nach Abschluß des Krieges hat die USA-Regierung in London die ersten Sondierungen in der Frage der Wiederaufnahme eines internationalen Handels auf möglichst freier Konkurrenzbasis unternommen. Schon damals stand es für USA fest, daß England nach dem Kriege einen Export benötigen werde, der 50% über der Höhe der Friedensjahre liege. Um diesen englischen Exportdruck in die Richtung multilateraler Handelsbeziehungen zu lenken, war USA von vornherein geneigt, den Übergang durch große Kredite zu finanzieren.

Um die gleiche Zeit setzte im Zeichen der Konferenz von San Francisco von verschiedenen Seiten her die Propaganda für die Vorbereitung einer internationalen Handelskonferenz ein. Schon auf der Tagung der Internationalen Handelskammer in London vom August 1945 wurde ein amerikanischer Vorschlag behandelt, einen Kodex für internationale Geschäftsbeziehungen zu schaffen, der Regeln für den zwischenstaatlichen Handelsverkehr aufstellen solle.

Vor Ende des gleichen Jahres begannen die eigentlichen ersten Verhandlungen zwischen USA und Großbritannien, um eine günstige und einheitliche Ausgangsbasis für die Einberufung einer internationalen Handelskonferenz zu ermöglichen. Als Datum war ursprünglich der Juni 1946 in Aussicht genommen. Die Schaffung einer Organisation für den internationalen Handel wurde als das Ziel der Konferenz bezeichnet. Diese Organisation sollte dann dem sozialen und ökonomischen Rat der „Vereinten Nationen" unterstellt werden.

Die erste Auswirkung dieser Besprechungen erstreckte sich zunächst auf gewisse Beziehungen zwischen USA und Großbritannien. Man verabredete, sich gegenseitig über staatliche Budget-Anschläge, die den internationalen Handel betreffen, zu informieren. Zugleich wurde ein Abbau des bestehenden Exportprämiensystems vereinbart, sowie eine Gleichstellung der privaten Industrie mit den staatlichen Exportorganen.

Deutlicher wurden die amerikanischen Gedankengänge zu Beginn des Jahres 1946, als der stellvertretende amerikanische Handelsminister in einer Rede vor einem Industrieverband erklärte, daß sich die Tendenz zur erhöhten Industrialisierung in der ganzen Welt wahrscheinlich als ebenso bedeutungsvoll erweisen werde, wie die industrielle Revolution Europas im vorigen Jahrhundert! Daher sprach er auch von der doppelt notwendigen Linie einer Expansion des amerikanischen Außenhandels: nach der Seite des Imports, und nach der Seite des Exports. Gleichzeitig kündigte er

an, daß USA die Absicht habe, bei den „Vereinten Nationen" dahin zu wirken, daß die Zölle, wie auch andere Hindernisse des freien Handels, zunächst reduziert werden, um dann später ganz zu verschwinden. Der kommende Außenhandel weise zwei bedeutsame Aspekte auf: a) Eine sehr kräftige Industrialisierungstendenz in solchen Teilen der Welt, die eine nur wenig entwickelte Industrie aufweisen; und b) Die Anwendung der Institution der „Vereinten Nationen", um die Länder zu gemeinsamen Maßnahmen für den Abbau der bestehenden Handelsschranken zu gewinnen.

Indessen war aber in der Bewilligung des großen amerikanischen Kredits an England eine fortgesetzte Verzögerung eingetreten, die am Schluß — ausgesprochen politisch nuanciert — auf eine fast systematische Verschleppungstaktik hinauslief. Das wirkte auf die Vorbereitungen der geplanten Weltkonferenz hemmend ein. Anfang 1946 mußte von Washington mitgeteilt werden, daß als neuer Zeitpunkt Ende 1946 in Aussicht genommen sei. Gleichzeitig mußte auch eine vorbereitende Konferenz, an der auf Einladung von USA 15 Industrie-Staaten teilnehmen sollten, verschoben werden. Solange die Anleihefrage nicht positiv erledigt war, konnte England sich nicht bereiterklären, an einer solchen Konferenz teilzunehmen.

Nun neuerdings, im Juli 1946, hat USA bekanntgegeben, daß die Regierung zur Zeit an einem umfassenden Programm für Zollsenkung arbeite, mit der Absicht, den Welthandel wieder in Gang zu bekommen. Entsprechende Verhandlungen mit 15 Staaten sollen gleichzeitig eingeleitet werden.

Nachdem jetzt auch die Anleihe an England endlich unter Dach und Fach gebracht ist, die Anleihe an Frankreich ebenfalls akzeptiert wurde, und andere Kredite in den letzten Wochen genehmigt worden sind, ist anzunehmen, daß diese Konferenz also wahrscheinlich im Frühjahr 1947, wenn nicht gar früher, von Stapel gehen wird.

Die amerikanische Regierung hat für diese Konferenz — der eine Vorbesprechung zwischen den 15 Nationen vorangehen wird — ein sehr umfassendes Dokument ausgearbeitet. Wir geben einen Überblick über die angeführten zentralen Punkte, die gewissermaßen das amerikanische Wirtschaftsprogramm verkörpern.

Das amerikanische Programm:

Die Hauptpunkte dieses Memorandums gelten vor allem der Errichtung einer internationalen handelspolitischen Organisation. Sie beschäftigen sich in diesem Zusammenhang mit den Fragen der Zollsenkung, dem Verbot quantitativer Handelsbeschränkungen, dem Außenhandelsmonopol und dem Kartellproblem.

a) Zum Zollproblem: Die USA empfehlen eine rasche und kräftige Senkung der allgemeinen Warenzölle. Für die USA selbst, deren Zölle sehr hoch sind, bedeutet das eine Preiseinwirkung auf Tausende von Waren. Diese Zollsenkung soll die Gegenleistung an Großbritannien sein, das dafür sein Vorzugssystem für den eigenen Imperiumhandel preisgeben soll. Die amerikanische Anleihe war nur der Auftakt, um diese Preisgabe einzuleiten.

Gleichzeitig hat eine erhebliche Zollsenkung die Wirkung, daß der amerikanische Markt in größerer Weise für den Import aus anderen Ländern, und zwar sowohl den europäischen als vor allem denen des englischen Weltreiches geöffnet wird. Vieles spricht aber dafür, daß eine solche Zollsenkung nur in einem allmählichen Tempo vorgenommen werden wird. Es geht nicht an, einen plötzlichen radikalen Abbau bei allen angeschlossenen Nationen gleichzeitig vorzunehmen, da deren wirtschaftliche Situation und vor allem ihre Konkurrenzkapazität oft völlig verschieden voneinander ist.

Eine weitere Frage, die wir eingangs schon gestreift haben, ist ein möglicher inneramerikanischer Widerstand, falls sich gewisse Interessenten durch die außenamerikanische Konkurrenz auf dem eigenen Markte ernsthaft bedroht sehen. (Auch eine solche Situation kann eintreten. Im Gefolge der letzten großen amerikanischen Preissteigerung hat sich zum Beispiel laut dem Journal of Commerce in New York herausgestellt, daß amerikanische Firmen in Europa Maschinenbestellungen aufgegeben haben, weil die Preise für gewisse maschinelle Ausrüstungen bereits niedriger sind, als in USA. Solche Bestellungen eines großen amerikanischen Unternehmens liegen beispielsweise in der Schweiz vor.)

b) Zum Verbot von Handelsbeschränkungen: Die ungleichmäßige Entwicklung der einzelnen Länder, die schon bei der Regelung der Zollfragen eine Rolle spielen wird, spiegelt sich deutlicher in der amerikanischen Auffassung über dieses zweite Problem. Hier wird die sehr differenzierte Situation berücksichtigt, allerdings auf eine Art, die von den protektionistischen Kräf-

ten Amerikas inspiriert zu sein scheint und offenbar eine Konzession an diese Richtung mit darstellt.

Es wirkt wie eine Hintertür, die man sich offenhält, wenn hier neben der Verurteilung des Systems von Quotenzuteilung, Lizenzen, Beschlagnahmen usw. gleichzeitig eine Reihe von möglichen Ausnahmen aufgezählt werden, nach denen einzelne der angeschlossenen Staaten die Gelegenheit bekommen sollen, innerhalb einer Übergangszeit gewisse Handelsbeschränkungen aufrechtzuerhalten, wenn es wirtschaftlich lebensnotwendig sei. Eine solche Notwendigkeit wird nämlich dann erblickt, wenn ein wesentliches Minus in der Handelsbilanz eines Landes gegenüber dem Auslande ausgeglichen werden soll. Dann könne der Import durch einschränkende Bestimmungen reguliert werden. Gewisse Agrarverhältnisse werden hier als Beispiel angeführt. Soll ein Überschuß auf diesem Gebiete auf dem Binnenmarkte untergebracht werden, dann müssen Methoden zur Anwendung kommen, die genau in der Richtung von Importbeschränkungen liegen.

Hier taucht auch sogleich die Frage auf, wieweit solche Einschränkungen bei innenpolitischen Komplikationen oder anderen schwierigen Verhältnissen geeignet sein können, diese ganze Aufhebung der Handelsbeschränkungen im Grunde genommen wieder zu torpedieren. Denn die Lücke, die hier geöffnet wird, kann — wenn man sie nicht ganz exakt umschreiben und beschränken kann, was immerhin sehr fragwürdig ist — bis zu einer völligen Durchlöcherung des ursprünglichen Prinzips gesteigert werden. Und dann bleibt am Ende nichts mehr davon übrig, als die hypothetische Deklaration des guten Willens.

c) Zum Außenhandelsmonopol: Das ist der wichtigste und im Augenblicke auch kritischste Punkt des ganzen Vorschlages, weil sich hier Außenhandel und Außenpolitik in ihrem intimsten Zusammenhang zeigen. Gleichzeitig liegt hier aber auch das unausweichliche handelspolitische Dilemma der Neuzeit vor.

Es erhebt sich nämlich die Frage, wieweit alle die verschiedenen Typen der modernen Handelsorganisationen in einen neuen internationalen Warenverkehr eingeordnet werden können, ohne ihn gleichzeitig wieder zu zerbrechen, und ohne das Pferd am Schwanze aufzuzäumen. Die Verschiedenheit der Handelssysteme zwingt von vornherein zu einer Kompromißlösung. Aber da offenbart sich auch sofort ein neues Problem: es kann nämlich gut und gern in der Natur der Sache liegen, daß ein Kompromiß auf diesem Gebiete automatisch diejenigen Tendenzen erneut

fördert, die sich am Ende gegen eine Herauskristallisierung eines wirklich freieren Welthandels richten.

Der Vorschlag sieht vor, daß besondere Regeln für solche Länder aufgestellt werden, die ein völlig staatliches Außenhandelsmonopol besitzen, trifft aber damit gleichzeitig auch diejenigen Länder, die ein staatliches Außenhandelsmonopol erst teilweise entwickelt haben. Alle diese Staaten sollen nach dem Vorschlage dazu verpflichtet werden, keinem anderen Lande eine Art von Vorzugsbehandlung einzuräumen, Import und Export auf ausschließlich kommerzieller Grundlage vorzunehmen, und nicht nach Motiven vorzugehen, die außerhalb der normalen Warenbewegung liegen. Da aber solche Staaten kraft ihres Außenhandelsmonopols von den Beschwernissen der Zollfrage völlig oder weitgehendst frei sind, sollen sie sich gegenüber der Handelskonferenz auf ein näher zu fixierendes Importvolumen festlegen. Dieses Volumen soll von Zeit zu Zeit, je nach der Entwicklung, revidierbar sein.

Es erhebt sich aber die Frage, ob sich solche Staaten, bei denen die natürliche Konkurrenz-Kontrolle ausgeschaltet ist, gegenüber anderen Ländern nicht gar von vornherein dadurch im Vorteil befinden. Denn sie können ja die wechselnden wirtschaftlichen Situationen durch die zentrale Regulierung ihres Handels rasch und vorteilhaft ausnutzen. Wer will hier aber die Grenze zwischen ökonomischer Anpassung und politischer Taktik festlegen? Und liegen denn die Vorteile unter Umständen nicht so auf der Hand, daß sie für alle jene Länder, deren staatliches Monopol noch nicht voll entwickelt ist, einen Anreiz bieten können, dieses Monopol nun auch zu vollenden? Sie könnten auf diese Weise ihre Handlungsfreiheit noch weiter vergrößern, und die Chancen, die sich daraus ergeben, gerade im Namen der Konferenzbeschlüsse mehr oder weniger rücksichtslos ausnutzen.

Die Kompromißlösung birgt also die Gefahr in sich, der einen Seite ein Übergewicht an Freiheiten zu verschaffen, die dem gedachten Ziele dieser Handelskonferenz genau entgegengesetzt sind. Wieweit ist also überhaupt auf die Dauer eine Gemeinschaft von zwei grundlegend verschiedenen Handelssystemen auf einer neuen internationalen Basis möglich? Oder bleibt das nur eine Illusion, die am Ende einer neuen weltwirtschaftlichen Aufteilung in mehr oder weniger abgegrenzte Interessensphären zutreibt und den Keim zu neuen Handelskriegen in sich trägt? Hier haben wir ohne Zweifel einen wirklich neuralgischen Punkt, und es bleibt abzuwarten, wieweit eine Kompromißlösung gefunden wird,

und wieweit diese Lösung nicht nur ein vergebliches Zwischenspiel verbleibt.

Dem steht allerdings ein sehr wichtiges Argument entgegen: das Export- und Importvolumen derjenigen Beteiligten, die das ganze Gerüst der neuen Weltwirtschaft tragen werden, bevorzugen nicht das staatliche System der Handelsbeziehungen. Und die Größe dieses Volumens ist schon allein quantitativ geeignet, einen derartigen Druck auszuüben, daß die Handelspolitik der Länder mit Staatsmonopolen in einer erwünschteren Richtung wohl zu beeinflussen ist. Es kommt hinzu, daß diese Staaten gleichzeitig in der Frage der Rohstoffe, also der sogenannten Primärprodukte, dominieren. (Außerdem ist USA bei allen neuerlichen Kreditabkommen bestrebt, in einer besonderen Klausel ihre Schuldner zum Abbau der staatlichen Handelsmonopole zu verpflichten. Das hat sich bei den letzten Anleiheverhandlungen, z. B. mit Frankreich, wieder gezeigt.)

d) Zum Kartellproblem: Hier geht der Vorschlag unter inneramerikanischer Rücksichtnahme wieder sehr behutsam zu Werke. Der Vorschlag sieht zwar eine mögliche Begrenzung des Kartellwesens im internationalen Handelsverkehr vor. Man will vor allem eine starke Einschränkung in der Festlegung von Preis- und Verkaufsbedingungen erreichen, ebenso in der kartellmäßigen Aufteilung des Marktes, sowie in der für alle Kartelle typischen Form eventueller Produktionsbegrenzung.

Gleichzeitig ist aber vorgesehen, der neuen internationalen Handelsorganisation in dieser Frage keine unmittelbaren eigenen Befugnisse einzuräumen. Sie soll nicht von sich aus und selbständig eingreifen können, da hier das schwerwiegende innerstaatliche juristische Problem entgegensteht. Es hat sich nämlich herausgestellt — und zwar sowohl in USA als auch schon seit einigen Jahrzehnten in Deutschland —, daß eine gesetzliche Handhabe gegenüber diesen und ähnlichen Wirtschaftsorganisationen stets der realen Entwicklung hinterdrein hinken muß. Diese Organisationsbildungen sind ein Teil der gesellschaftlichen Entwicklung und sie entstehen auf einer gewissen Stufe der Industrialisierung. Keine juristische Formel reicht aus, um die Möglichkeiten und Variationen kartellartiger Bindungen so vollkommen zu erfassen, daß deren Entwicklung von Staats wegen in jeder Phase effektiv zu kontrollieren und zu lenken ist. Es sei denn — man verwandelt sie in Staatskartelle, mit allen staatskapitalistischen Konsequenzen.

Das USA-Projekt sieht vor, daß die gedachte internationale

Handelsorganisation nur die Klagen über Kartellauswirkungen und -schäden hinsichtlich des Warenaustausches entgegenzunehmen hat. Erst dann soll sie dafür eintreten, daß die betroffenen Mitgliedstaaten, soweit sie Heimatländer solcher Kartelle sind, Maßnahmen gegen diese ergreifen, die sich mit den jeweiligen Landesgesetzen in Übereinstimmung bringen lassen.

Um aber hier den Rahmen abzustecken, ist weiter vorgesehen, daß für gewisse Produkte von vornherein Kartellbindungen zugestanden werden. Dabei handelt es sich um die Regulierung von Produktion und Absatz solcher Produkte, die als sogen. „große Rohwaren" gelten, also den allgemein begehrten internationalen Rohstoffen. Das sind aber Vorkommen, die real gesprochen außerhalb Rußlands hauptsächlich im Wirtschaftsbereich der USA oder Großbritanniens liegen.

Die USA empfehlen, für bestimmte Rohstoffe ein Übereinkommen zwischen den verschiedenen Regierungen, als Vertreter der Produzenten und Konsumenten, anzustreben.

Hier haben wir also den Versuch vor uns, ein handelspolitisches Gegengewicht gegenüber dem Kompromiß zu schaffen, das in der Frage des staatlichen Außenhandelsmonopoles notwendig schien. Hier haben wir aber auch zugleich den zweiten neuralgischen Punkt, diesmal von der Seite der Anhänger der „freien Wirtschaft" her. Und die dabei vorgeschlagene Regierungsmaßnahme ist das Gegengewicht gegenüber den politischen Möglichkeiten der anderen Länder in der Frage der zweckmäßigen Dirigierung des Außenhandels.

Die Savannah-Konferenz:

Alle Besprechungen und Abmachungen für den organisierten Aufbau eines internationalen Warenverkehrs hängen aber — abgesehen von ihren eigenen inneren Komplikationen — völlig in der Luft, wenn nicht zuvor eine kapitalmäßige Grundlage geschaffen wird, auf der diejenigen Länder, die in dieser Hinsicht durch den Krieg besonders gelitten haben, aufbauen können.

Diesem Ziel dient die Errichtung von zwei Institutionen, die unter dem Namen „Valutafond" und „Internationale Rekonstruktionsbank" (Bank für internationalen Wiederaufbau) im Entstehen sind. Beide Einrichtungen fußen auf der Zusammenschmelzung einer Reihe von Finanzvorstellungen, die noch 1944 zum Vorschlag und zur Durchberatung gekommen sind, und unter dem Namen Bretton-Wood-Plan gehen.

Die Aufgabe des Valutafonds besteht darin, kurzfristige Kredite an einzelne Länder zu geben, um ebenso kurzfristige Störungen im Bezahlungsgleichgewicht der einzelnen Handelsbilanzen auszugleichen. Auf diese Weise sollen willkürliche Valutaveränderungen, die dem Ausgleich dieser Differenz dienen sollen, vermieden werden, um keine Unruhe in den internationalen Zahlungsverkehr zu bringen. Es soll eine Stabilität der gegenseitigen Wechselkurse erreicht werden, wobei kleinere jeweilige Veränderungen in Anpassung an wechselnde Situationen zugelassen sein sollen.

Der Sinn dieser Maßnahme ist ein doppelter: es soll die internationale Liquidität erhöht werden, und es soll durch die Gleichmäßigkeit dieser Liquidität vermieden werden, daß die einzelnen Staaten erneut zu Importbeschränkungen quantitativer Natur greifen. (Eine gewisse, auch amerikanische Skepsis, ob dies allein durch den Valutafond zu erreichen sei, kommt unter anderem in dem schon besprochenen Punkt der Handelsrestriktionen zum Ausdruck. Denn dort wird, wie schon dargelegt, eine gewisse Einschränkung im Abbau vorgenommen.)

Das Schwergewicht liegt denn auch bei der gleichzeitigen Schaffung der genannten Internationalen Bank. Es ist deren Aufgabe, je nach Bedarf, langfristige Anleihen an die einzelnen Mitgliedstaaten zu vergeben. Erst solche Anleihen können diese Staaten in die Lage versetzen, sich zu günstigen Bedingungen in den internationalen Warenverkehr einzuschalten, und dann nur bei wirklich notwendigen Anlässen den Valutafond als eine vorübergehende Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Der Errichtung dieser Bank liegt ein wirklich großer Gedanke zugrunde, und eine wirklich große Chance für die westliche Welt. Hier soll nämlich die Möglichkeit geschaffen werden, große Kapitalanlagen und Kapitalplacierungen nicht mehr allein durch bilaterale, zwischenstaatliche Verbindungen zu erstellen, sondern auf einem multilateralen Wege. Die Bank weist den großen Vorzug auf, daß sie freie Kapitalien, die in der ganzen Welt verstreut sind, einigermaßen zentral zusammenführen kann. Durch die Ausleihung dieser Kapitalien, die die Bank dann vornimmt, kann mit der Zeit ein ziemlich zentraler Überblick über die wesentlichsten Kapitalinvestitionen der westlichen Welt geschaffen werden.

Mit der Zunahme der Kapitalbewegung nach Beendigung des Krieges und der Übergangszeit kommt dieser Einrichtung, vor allem hinsichtlich etwaiger amerikanischer Kapitalexpansion, besonders nach industriell zurückgebliebenen Ländern, eine ganz

überragende Bedeutung zu. Theoretisch ist hier zum erstenmal die Möglichkeit gegeben, gewisse auftretende Planungselemente der kapitalistischen Industrialisierungspolitik auf eine übernationale Basis zu übertragen. Die Übersicht über freie Kapitalien und deren expansive Anwendung durch eine Weltbank gibt nämlich theoretisch zugleich die Möglichkeit, jeweils gewisse Hinweise über den Stand der internationalen Investitionstätigkeit zu erhalten.

Das kann bedeuten, daß von Fall zu Fall die Möglichkeit gegeben wird, die Gefahren der Überinvestition in einzelnen Ländern und für einzelne große Industrien rechtzeitig zu erkennen! Und der Plan von Bretton-Wood sieht ja ausdrücklich vor, daß die Hauptaufgabe dieser Bank auf dem Gebiete der langfristigen Investitionen liegt.

Die Bank besitzt den Vorzug, durch ihren weltumspannenden Charakter den Löwenanteil freier Investitionskapitalien an sich zu ziehen. Die Gefahr, daß ein Einbruch in die dadurch zu gewinnende Kontrollübersicht und Disposition durch eine außerhalb ihres Bereiches liegende freie Kapitalbewegung von Land zu Land ihre Tätigkeit wieder illusorisch machen könnte, ist begrenzt. Die größere Garantie, die eine solche Weltbank für die Kapitalgeber bedeutet, verstärkt nur ihre Anziehungskraft. (Es ist eine andere Frage, welche störende Einwirkung von der nationalen Investitionstätigkeit auf den einzelnen Binnenmärkten ausgehen kann. Doch existieren heute in sehr vielen Ländern bessere Regulierungsmaßnahmen, als in den zwanziger Jahren.)

Die Mittel, die die Bank aufbringen muß, um ihre wirklich enorme Aufgabe zu erfüllen, entstammen aus dreierlei Quellen. Teils aus den eigenen Fonds der Bank; teils aus Obligationsemissionen, die die Bank auf dem privaten Markte kapitalkräftiger Länder auflegen wird; teils aus Anleihen, die einzelne Länder mit Hilfe der Bankgarantie auf dem privaten Kapitalmarkte eines anderen Landes direkt aufnehmen werden. Die zweite Quelle ist die maßgebliche.

Als Abnehmer solcher Bankobligationen kommen natürlich nur kapitalkräftige Länder in Frage, und da steht USA an der Spitze, allen anderen nicht sehr zahlreichen Anwärtern weit voraus. Ihnen folgen Kanada, die Schweiz und Schweden. Es wird noch eine geraume Zeit dauern, ehe Großbritannien zu diesem Chor gehört. Aber es ist kein Zweifel, daß es alle Anstrengungen unternehmen wird, um eines Tages an diesem Investitionsgeschäft wieder als Kreditgeber beteiligt zu sein.

Die Ausgabe der Emissionen bedeutet, daß hier vor allem ein weites Anlagefeld für Versicherungsspargelder, für die Spargelder anderer Institutionen und freie Kapitalien aller Art geöffnet wird, darunter auch für solche Gelder, die sonst wenig Gelegenheit haben, zum internationalen Kapitalmarkt auf gesicherter Basis Zutritt zu finden.

Im Frühjahr 1946 fand nun in Savannah eine Konferenz statt, die eine konstituierende Zusammenkunft der gemeinsamen Bevollmächtigten des Valutafonds und der Internationalen Bank darstellte. Es war die Aufgabe dieser Konferenz, beiden Institutionen ein organisatorisch funktionsfähiges Gerippe zu geben, um sie zu gegebener Zeit aktionsfähig zu machen.

Durch ihren rein organisatorischen Charakter hat diese Konferenz nicht diejenige Beachtung hervorgerufen, die ihr zukommt. Sie hatte aber eine sehr große Bedeutung, denn ebenso wie etwa in den Prozedurfragen der gegenwärtigen internationalen politischen Konferenzen spielte sich hier bei der Behandlung der notwendigen geschäftsmäßigen Fragen in Wahrheit ein sehr tiefer, wenn auch internerer Kampf um die einzelnen Positionen der beteiligten Staaten ab. Es ging vor allem um die Begrenzung einer zu großen Vormachtstellung der Vereinigten Staaten. Der Wunsch, eine solche Begrenzung in der Besetzung der Funktionen zum Ausdruck zu bringen, lag schon deshalb vor, weil die vorhandenen Funktionen mit einer Einflußnahme auf Aufbringung und Vergebung der Kreditgelder eng verknüpft sind. Dominiert Washington ausschließlich, so kann es sich in kommenden internationalen Finanzexpansionen von vornherein eine überragende Rolle verschaffen.

Denn Kapitaleinsatz und zentrale Bank-Position bedeuten ja nicht nur einen effektiven Kapitalgewinn für den Kreditgeber, sondern auch einen wirtschaftspolitischen Terraingewinn für lange Zeit. Die machtpolitische Auswirkung einer solchen Position steht also außer Frage. Wenn je, dann kommt gerade hier zum Ausdruck, wie die Expansionsbedingungen der USA, von denen wir eingangs gesprochen haben, sich bemerkbar machen, und gleich bei den organisatorischen Schlüsselpositionen der internationalen Finanzbeziehungen einsetzen.

Der amerikanische Konferenzleiter unternahm alle Anstrengungen, in Savannah eine dominierende Stellung unangefochten zu sichern. Zwei wichtige Schlüsselpositionen waren zu besetzen: der leitende Posten der Internationalen Bank und der gleiche Posten beim Valutafonds. Die zentrale Frage war natürlich die

Leitung der Bank, und es stand von vornherein fest, daß dieser Posten für die USA reserviert war.

Um diese Stellung hat sich aber ein ziemlicher Kampf abgespielt, und zwar eine Auseinandersetzung, die inneramerikanisches Gepräge trägt, und auf diese Weise ein Reflex der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Situation innerhalb Amerikas selbst ist. Ursprünglich war nämlich der Leiter einer großen amerikanischen Versicherungsgesellschaft für den Platz vorgesehen. Das hatte aber zur Folge, daß der frühere Finanzminister Morgenthau in einem Brief dagegen protestierte, mit dem Hinweis darauf, daß es nicht angehe, die Leitung der Weltbank unter den unmittelbaren Einfluß der New Yorker Großbanken und ihrer Politik zu bringen. Es sei auch unzulässig, einen führenden Mann der Versicherungsgesellschaften zu wählen, da die Emissionen der Internationalen Bank in erster Linie voraussichtlich in amerikanischen Versicherungsgeldern placiert würden!

Der zweite Streitpunkt, der eine große Rolle spielte, war die Frage nach dem Hauptsitz der Institution. Daß dieser in USA liegen müsse, war natürlich wieder nicht anzuzweifeln. Aber es stand die Wahl zwischen New York und Washington, was nach Meinung der Beobachter nur der Ausdruck dafür ist, in welchem Maße ein direkter amerikanisch-politischer Einfluß vorliegen solle oder nicht. Gegen die heftige Opposition von England, Indien, Kanada und Frankreich haben aber die USA mit Hilfe der von ihr immer mehr abhängigen lateinamerikanischen Staaten Washington als Hauptsitz durchgesetzt. Damit scheint dieser Wahl ein politischer Anstrich gegeben zu sein, dessen Wirkung noch nicht ganz klar ist.

Die vorgenannten Personalfragen in der Leitung der Weltbank sind in der Zwischenzeit so weit geklärt, daß eine andere Persönlichkeit als die zuerst vorgeschlagene zum Präsidenten gewählt worden ist. Als USA-Beigeordneten hat Truman indessen dem Senat als Direktor einen Vertreter vorgeschlagen, der gegenwärtig in der ökonomischen Sektion des Außenministeriums an führender Stelle tätig ist. Und als Vizepräsident der Weltbank wurde von ihm der Chef des amerikanischen Budgetbureaus vorgeschlagen, der ein langjähriger Fachmann auf diesem Gebiete ist.

Die ersten Transaktionen des so geschaffenen Valutafonds werden frühestens für den Oktober 1946 berechnet, und die ersten Anleihetransaktionen der neuen Weltbank nicht vor Beginn des Jahres 1947. Einer der Gründe für die Verzögerung, die zugleich ein Prüfstein für die innere wirtschaftspolitische Kraft der ame-

rikanischen Administration abgibt, ist die Notwendigkeit, erst eine entsprechende amerikanische Gesetzesvorlage zu schaffen, die es den dortigen Sparbanken und Versicherungsgesellschaften auch juristisch ermöglicht, ihre Mittel in den Obligationen dieser Bank anzulegen.

Die gegenwärtigen inneren Schwierigkeiten des Präsidenten und seiner Ratgeber gegenüber dem Kongreß, und die aufgetretenen Gegensätze in den großen inneren amerikanischen Wirtschaftsfragen, werden die Verwirklichung der hier in die Wege geleiteten, weltumspannenden Finanz- und Kreditaktionen nicht gerade mühelos machen. Der Kampf um die Bewilligung der Anleihe nach England war schon nicht einfach. Truman hat sie mit Mühe und Not, und schließlich unter sehr veränderten Umständen, durchgebracht. Dann kam die Schlacht um die Preiskontrolle, die dann schließlich sehr durchlöchert wieder auferstanden ist. Die Voraussetzungen, die an die Funktion der Internationalen Bank gebunden sind, werden in dieser Reihenfolge den dritten großen Kampf abgeben, der aber nur der Auftakt für eine Reihe von sehr schwierigen inneren Auseinandersetzungen sein wird. Dieser Kampf wird ein deutliches Barometer dafür abgeben, wieweit sich eine amerikanische Wirtschaftspolitik klarer herausformt, und wieweit die Expansions- und Internationalisierungstendenz der administrativen Wirtschaftspolitiker sich auf die Dauer durchzusetzen vermag.

Die eigentlichen ökonomischen Schicksalsfragen werden spätestens Ende dieses Jahres zur Entscheidung reifen. Der Ausgang ist keinesfalls gewiß.

Charakter und Gefahren der Konjunktur:

Diese Darstellung wäre sehr unvollständig, wenn sie nicht gleichzeitig an den Charakter und der möglichen Entwicklung der gegenwärtigen Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten gemessen würde, sowie an deren Einwirkung auf die anderen Teile des Weltmarktes. Erst auf diese Weise ist eine reale Einstellung gegenüber den Problemen zu gewinnen, die wir als weltwirtschaftliche Versuche dargestellt haben, und die heute teilweise noch sehr schwer zu übersehen sind.

Das berührt auch die Frage nach dem Charakter der gegenwärtigen Konjunktur, nach ihrer möglichen Dauer, und nach den Folgen eines Rückschlages.

Hier ist eine starke Einschränkung anzubringen: von keiner

Seite her können heute schlüssige Prognosen gestellt werden. Nur sehr vorsichtige und begrenzte Urteile sind möglich. Der Umfang der amerikanischen Produktion und die Stellung Amerikas auf dem Waren- und Kapitalmarkte lenken bei der Beurteilung von Konjunktur und möglicher Depression den Blick in erster Linie auf die USA. Die Einschätzung der amerikanischen Konjunktur läßt allein einen Rückschluß auf die übrige Weltwirtschaft zu, wenn auch Auswirkung von Konjunktur und Depression sich je nach der Position des einzelnen Landes in verschiedener Größenordnung bemerkbar machen. Aber der Verlauf der Konjunktur in USA und die Wahrscheinlichkeit ihrer Veränderungen ist der notwendige Kardinalpunkt der Betrachtung.

Die USA erleben gegenwärtig nicht nur eine Konjunktur, sondern eine Hochkonjunktur. In dieser Übersteigerung liegt zugleich die Gefahr eines radikalen Rückschlages, die Gefahr des Umschlages in eine tiefe Depression verborgen. Mit vollem Recht hat der „Economist" darauf aufmerksam gemacht, daß es das große Problem sei, wieweit sich Amerika der Alternative von Hochkonjunktur und Depression entziehen könne. Mit anderen Worten, wieweit ein normaler Gang von Produktion, Einkommen und Verbrauch zu erreichen sei, um die natürlichen Schwankungen des wirtschaftlichen Zyklus vor krassen Umschlägen nach oben wie nach unten zu bewahren.

Die jetzige Hochkonjunktur resultiert aus der Diskrepanz zwischen Einkommen (einschließlich der erworbenen großen Spargelder der Kriegszeit), und dem Nachhinken der Warenproduktion. Der Chef für das Büro, das von der Regierungsseite her die Fragen der wirtschaftlichen (industriellen) Umstellung zu untersuchen hat, hat in einer Vierteljahresübersicht gegenüber dem Kongreß neulich nachgewiesen, daß die Warenproduktion der USA jetzt das höchste Niveau erreicht hat, das die Staaten jemals im Frieden aufzuweisen hatten. Und dabei herrscht in einer ganzen Reihe von Industrien noch immer ein Warenmangel, der die Produktion belastet.

Gleichzeitig wird auch festgestellt, daß sich gegenwärtig wieder mehr Arbeitskräfte als je zuvor im Produktionsprozeß befinden, nämlich 4,5 Millionen mehr, als im Jahre 1941. Und 1941 war das Jahr, das die größte Beschäftigtenziffer der amerikanischen Vorkriegszeit aufzuweisen hatte. Anfang Mai 1946 betrug die Zahl der zivilen Arbeitskräfte 57,5 Millionen. Am Ende der ersten sechs Monate des Jahres 1946 erreichte die Industrie einen Produktionsrekord, obwohl der obengenannte Materialmangel an

Eisen, Stahl, Kupfer, Blei usw. teilweise sogar sehr stark war, und obwohl die großen Streiks des ersten Quartals, in Arbeitsstunden umgerechnet, einen starken Einschnitt innerhalb der steil ansteigenden Aufwärtsbewegung bedeuteten. Zugleich hat die Bauindustrie, als eine Schlüsselindustrie der Konjunktur, alle ihre bisherigen Rekorde überboten. Die Produktion von 1943 wurde überschritten, und gegenwärtig beziffert sich der Wert der Bauproduktion auf rund 17 Milliarden Dollar.

Die Betrachtungen, die angesichts dieser Situation im Vordergrund stehen, gelten sowohl den Risiken des augenblicklichen Zustandes, als auch den Risiken, die sich ergeben müssen, wenn die Hochkonjunktur kulminiert. Diese Problematik wird mit den beiden Stichworten Inflation und Deflation umschrieben. Die Inflation bezeichnet den gegenwärtigen Gefahrenherd, und die Deflation bezeichnet die kommenden Gefahrenherde.

Unter Inflation ist hier aber keineswegs ein uferloses Absinken der Dollarkaufkraft, ein uferloses Anschwellen der Preisskala nach historischem deutschen Muster der vorigen Nachkriegszeit zu verstehen. Es handelt sich vielmehr um ein sukzessives Nachhinken des durchschnittlichen Einkommens gegenüber dem Steigen der Preise, das aus dem gegenwärtigen Rückstand der Produktion bei gleichzeitig noch wirksamen aufgespeicherten Kaufkraftreserven resultiert. Die Produktion hat aber, wie schon aus dem obengenannten Vierteljahresbericht hervorgeht, indessen ein immer rascheres Tempo angeschlagen, so daß von hier aus gesehen sich allmählich eine natürliche Beruhigung geltend machen wird, auch wenn die Wogen eine Zeitlang noch recht hoch gehen dürften.

Nun muß man bei der Betrachtung inflatorischer Entwicklung die Argumente berücksichtigen, die die englische Finanzpresse vorbringt, und die im Kern darauf hinauslaufen, daß die während des Krieges akkumulierte Kaufkraftreserve, besonders in Form von Bankeinlagen und Obligationsforderungen, sich als mächtige Kräfte offenbaren, die in der ersten Nachkriegsperiode einen natürlichen Inflationsdruck ausüben müssen. Man muß aber auch gleich wieder das Argument des „Economist" in Rechnung stellen, der mit vollem Recht die Relativität der Inflationsdiskussion dadurch in das rechte Licht stellt, daß er davon ausgeht, sehr viele Züge der modernen Ökonomie würden inflatorische Elemente enthalten. Unter ihnen zählt er die zunehmende Schärfe der Besteuerung als ein kostenverteuerndes Element auf, das in Ländern mit einem breiten und vorherrschenden Marginal privaten Unter-

nehmertums eine Schranke der individuellen Initiative sei. Und weiter vor allem durch den ständig wachsenden Bedarf aller Regierungen, nicht zuletzt durch die unerläßlichen anschwellenden sozialen Verpflichtungen mit hervorgerufen. Das bewirke notwendig eine ununterbrochene Kreditinflation.

Von da aus erklärt sich nun auch der heute gleichzeitig in allen Ländern immer stärker einsetzende Ruf nach größter Steigerung der industriellen Effektivität. Diese Tendenz entspringt also nicht allein privatkapitalistischen Konkurrenzbedingungen, sondern wird heute auch von der Seite der Währungsfragen und der Lebenshaltung her inspiriert. Sie entspringt u. a. gewissen inneren Widersprüchen zwischen moderner Sozialpolitik und den Grundlagen des Kapitalismus, die nur auf der Basis der Steigerung industrieller Effektivität zeitweise wieder ausgeglichen werden können.

Mit diesen Einschränkungen ist also die existierende Inflationsangst zu betrachten, deren Bedeutung im Grunde genommen geringer ist, als eine neue mögliche Deflationsperiode. Es ist nur ein Ausdruck für diese viel größere Befürchtung, die heute noch durch den Lärm der Hochkonjunktur verdeckt wird, wenn die amerikanischen Arbeiterorganisationen die Regierung neuerdings in einem Memorandum aufgefordert haben, einen Gesetzesvorschlag einzubringen, der allen die Arbeit sichert. Er hängt eng mit einem gleichzeitigen Vorstoß zusammen, innerhalb eine Reihe von Industrien (und darunter befinden sich die Stahl-, Auto- und Fleischkonservenindustrie) den Arbeitern Jahreslöhne zu garantieren. Das ist ein Beweis mehr für die von uns schon bei der Betrachtung der amerikanischen Wirtschaft skizzierten Veränderungen in der wirtschaftlichen Mentalität der amerikanischen Arbeiterschaft. Es ist aber auch ein lebhafter Ausdruck für das Gefühl eines Schattens, der von Beginn an über der amerikanischen Hochkonjunktur liegt, und der durch Unklarheiten in der Wirtschaftspolitik noch verstärkt wird. Es ist der Schatten der Depression.

Vor allem von englischer Seite wird aufmerksam die Gefahr studiert, die eintritt, wenn die gegenwärtige Konjunkturwoge durch den Produktionsausgleich zu verebben beginnt, die steigenden Produktionsziffern den Mangel eingeholt haben, um ihn dann schließlich zu überholen und in eine Überproduktion einzumünden, der eine neue Arbeitslosigkeit auf dem Fuße folgen muß.

Man nimmt im allgemeinen eine Zeitspanne von etwa rund drei Jahren in Aussicht, bis diese Situation voll erreicht ist. Man hat errechnet, daß am heutigen Standard gemessen innerhalb die-

ses Konjunkturzeitraumes eine neue Kapazitätserweiterung der amerikanischen Industrie um etwa 10 % eintreten könne, so daß der befürchtete Druck nach dem erreichten Höhepunkt des gegenwärtigen Aufschwunges dann noch um diese 10 % verstärkt einsetzen würde. Das kann, wie der „Economist" meint, eintreten, wenn die Furcht des Auslandes, daß es in USA keine wirkliche Antidepressionspolitik gebe, sich erfüllt. Das Vertrauen in die wirtschaftpolitische Fähigkeit des gegenwärtigen amerikanischen Kongresses ist nicht sehr groß, und durch die Wechselspiele der letzten Wochen und Monate in den Fragen der Preispolitik und der englischen Anleihe noch weiterhin abgesunken.

Es scheint aber, daß man diesmal viele Kräfte sehr frühzeitig mobilisieren wird, um einen Absturz zu vermeiden, der dem Jahre 1929 gleicht. Die Tendenzen zur Schaffung eines neuen Welthandels, die wir geschildert haben, sind teilweise, wenn auch nicht bei allen ihrer Vertreter, ein klarer Ausdruck für die Tendenz dieser Kräfte, die sich die Erfahrungen vom Ende der zwanziger Jahre ebenso zunutze machen wollen, wie die unmittelbaren Erfahrungen der vorigen Nachkriegszeit.

Im nächsten Jahre wird sich klarer zeigen, in welchem Umfange die Tendenzen einer neuen Internationalisierung des Warenverkehrs realisierbar sind, und wahrscheinlich im Jahre 1948/49 wird die große Probe auf das Exempel folgen.

Die Art und der Umfang der Einschaltung Deutschlands in den Wirtschaftskreislauf vor allem der westlichen Welt wird dabei einer der vielen Faktoren sein, die für den Verlauf der Konjunkturwende und für die Möglichkeit, sie in ein normaleres Fahrwasser überzuführen, nicht ohne Bedeutung sind. Nur wenn dem ökonomischen Wiederaufbau Frankreichs diejenige Deutschlands unmittelbar auf dem Fuße folgt, kann man angesichts der ökonomischen Zusammengehörigkeit Europas und seiner gleichzeitigen Abhängigkeit vom Weltmarkt davon sprechen, daß für diesen gepeinigten Kontinent ein neuer Tag begonnen hat. Spätestens Ende 1947 wird alle Welt wissen: die Zeit drängt!